

Dresdner Volkszeitung

Hauptredaktion: Dresden, Raben & Comp., Nr. 1298.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Bankkonto: Gebr. Kersch, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Königsbrunn und Dresden-Albstadt

Abonnementpreis einschließlich Frachtkosten monatlich 6500.— M., durch die Post bezogen monatlich 6800.— M., unter Kreuzband für Deutschland wöchentlich 2800.— M., Einzelnummer 300.— M., Sonnabendnummer 400.— M. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Bettinerplatz 10. Tel. 25281. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Bettinerplatz 10. Tel. 25281. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 6-spaltige Nonpareilzeile 500.— M., auswärts 600.— M., die 3-spaltige Nonpareilzeile 2000.— M., auswärts 2600.— M., Ausland 8000 u. 9000 M. Bei mehrmaliger Aufzählung Ermäßigung. Familienanzeigen, Stellen- u. Verleihsuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefmarken 200 M.

Nr. 130

Dresden, Donnerstag den 7. Juni 1923

34. Jahrg.

„So gut wie nichts!“

Der Landesvorstand Sachsen der S. P. D. veröffentlicht einen Aufruf, der sich mit den Vorgängen in Dresden, Bautzen und Leipzig beschäftigt. Nachdem ausgeführt worden ist, daß Hungerkrawalle und Verzweiflungsaktionen zwar ein Zeichen für die Unhaltbarkeit der ökonomischen und politischen Lage der Arbeiterklasse sind, wird gesagt, daß die Regierung Zeigner von der gesamten Bourgeoisie und einem Teil der rechten Führer der Sozialdemokratie aufs schärfste bekämpft werde. Sie solle gestürzt werden, um auch in Sachsen die Bahn für eine Koalitionsregierung freizumachen. Dann wird die Frage aufgeworfen, was die Regierung Zeigner getan habe, um den Angriff der Bourgeoisie gegen die Arbeiterklasse abzuwehren und die Frage mit den Worten beantwortet: Nichts oder soviel wie nichts. Es wird dann gesagt, die Regierung dürfe nicht länger die Bügel schieben lassen, und verlangt, die Regierung müsse sofort mit allen staatlichen Machtmitteln einen Druck auf das Unternehmertum ausüben, um es zu Lohnherabsetzungen zu zwingen, die der Geldwertverlust entsprechen. Die Regierung müsse die Löhne und Gehälter der Arbeiter der unteren und mittleren Beamtenschaft des Staates entsprechend der Leuerung erhöhen, den Arbeitslosen müsse sie sofort eine Leuerungszulage beschaffen, die Arbeitsbeschaffung organisieren und die Unternehmern zwingen, mit Arbeitsentlassungen aus Profitrückblicken aufzuhören. Der Kampf gegen die Bucherer müsste durch die Kontrollausschüsse mit staatlicher Unterstützung aufgenommen werden, provokatorische Polizeioffiziere und Beamte seien sofort zu entlassen. Wenn die Regierung nicht rasch eingreife, so werde der konterrevolutionäre Anschlag der Bourgeoisie gelingen, es werde den klandestinen Demagogen gelingen, immer mehr hungernde und verzweifelte Arbeiter zu Hungerrevolten zu provozieren. Wenn die Regierung und die S. P. D. und die Gewerkschaften ihr proletarische Pflicht täten, würden die Kommunisten sie unterstützen, wenn die Regierung und Sozialdemokratie und die Gewerkschaften aber das nicht täten, so müssten die Kommunisten sie bekämpfen.

Auch wir halten es für selbstverständlich, daß die Regierung, die Sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaften alles, was in ihrer Macht steht, tun, um die Not des Volkes zu lindern. Aber wenn den Kommunisten daran liegt, die Regierung Zeigner zu erhalten, so dürfen sie nicht das alle Spiel beginnen und Forderungen stellen, von denen sie genau wissen, daß die sächsische Regierung sie nicht erfüllen kann, wie sie das in ihrem Aufruf wieder tun. Es ist wohlfeil kein Kunststück, schon klingende, aber unerfüllbare Forderungen in die Welt hinauszuschreien. Man kann es freilich dann sehr leicht so darstellen, als ob es nur an dem bösen Willen der andern liegt, wenn den Kollektoren nicht Hilfe zuteil wird. Die Kommunisten wissen ganz genau, daß der sächsische Regierung keine staatlichen Machtmittel zur Verfügung stehen, um die Unternehmern zu Lohnherabsetzungen zu zwingen. So weit das sächsische Arbeitsministerium als Schiedsinstanz bei gewerblichen Streitigkeiten tätig ist, wird es sicherlich eine für die Arbeiterklasse günstige Gestaltung der Tarife herbeiführen. Die Kommunisten wissen ferner genau, daß die Gehälter und Löhne der Beamten und Staatsarbeiter einheitlich für das ganze Reich geregelt werden, daß ebenso die Sätze der Arbeitslosenunterstützung vom Reich festgelegt werden und Sachsen befürchten muß, daß ihm die Beiträge des Reichs für die Arbeitslosenunterstützungen entzogen werden, wenn es Sonderleistungen gewährt.

Darüber, daß die sächsische Regierung keine Maßnahmen treffen wird, durch die sie mit den Reichsgefehen in Konflikt kommt, ist den Kommunisten bei der Regierungsbildung kein Zweifel gelassen worden. Die Kommunisten wissen schließlich auch, daß die sächsische Regierung alles tut, was sie kann, um für Erwerbslose Arbeit zu schaffen und daß gerade in letzter Zeit eine ganze Reihe von Maßnahmen zur Bekämpfung des Buchers in Sachsen durchgeführt wurden.

Wenn schließlich gefordert wird, daß provokatorische Polizeioffiziere und Beamte entlassen werden, so muß doch angegeben werden, wo überhaupt sächsische Polizeioffiziere und Beamte sich provokatorisch benommen haben. Soweit wir bisher unterrichtet sind, ist die sächsische Polizei bei den Unruhen der letzten Zeit sehr vorsichtig vorgegangen, aber die Kommunisten weisen ja selbst darauf hin, daß bei den Unruhen allerhand dumme, rechtsradikale Elemente am Werke sind. Verlangen sie von der Polizei, daß sie Leute, die offenbar von rechts aufgeputzt sind, plündern und andre Gewalttaten begehen läßt, ohne daß sie dagegen vorgeht? Mit was für Leuten wir es bei den Unruhen vielfach zu tun haben, zeigen die Vorgänge in Leipzig, wo Angehörige des proletarischen Selbstschutzes mißhandelt wurden. Wenn die Kommunisten den ersten Willen haben, der ständig erstarkenden Reaktion in Deutschland zu begegnen, so müssen sie uns helfen, die Regierung Zeigner mit allen Kräften zu stützen. Sie dürfen aber nicht aus Agitationsbedürfnis Forderungen stellen, die die Regierung auch beim besten Willen nicht erfüllen kann. Damit befragen sie nur die Geldkäse der bürgerlichen Reaktion.

Zusammenstoß in Leipzig

4 Tote — 56 Verwundete

Leipzig, 6. Juni. Für heute nachmittag hatte das Gewerkschaftskartell Leipzig gemeinsam mit der Sozialdemokratischen Partei eine Massenkundgebung auf dem Augustusplatz gegen Hungerkrawalle, Industrieangest und Wirtschaftspolitik einberufen. Bereits um 4 Uhr hatten sich am Eingang der Grimmaischen Straße zum Augustusplatz und umliegenden Straßen angehäuft, die dort stationierte Polizeibeamte verprügelten und verletzten, sie zu entwaffnen. Dabei erlitt ein Anzahl Beamter Verletzungen. Es wurden Verstärkungen hinzugeschickt. Jedoch wurden die Beamten schließlich von der Menge bis in die Ritterstraße zurückgedrängt. In dieser Zeit langten die Demonstrationszüge in völliger Ordnung auf dem Augustusplatz an. Die Demonstration selbst verlief ebenfalls in Ruhe, jedoch verzögerte sich ihr Beginn etwas. Diese Gelegenheit wurde von wilden Rednern benutzt, um die Massen aufzuheizen. Die Menge in der Grimmaischen Straße nahm eine immer bedrohlichere Gestalt an und verlangte, daß die Polizei abziehen sollte. Weil die Gefahr bestand, daß die Polizeibeamten abgefeuert und die Mägen gefährdet würden, wurde nach Hinzuschiebung weiterer Verstärkungen die Menge zurückgedrängt und der Augustusplatz geräumt. Aus der Mitte der Demonstranten flogen hierbei Schüsse. Darauf wurde auch von der Polizei geschossen, zunächst blind und darauf scharf. Nach den bisherigen amtlichen Feststellungen sind bei den geführten Leipziger Unruhen zu verzeichnen: 11 Personen 3 Tote, 21 Schwerverletzte, 21 Leichtverletzte, von der Landespolizei 1 Toter, 6 Leichtverletzte, von der Blauen Polizei 8 Leichtverletzte. Der gewerkschaftliche Ordnungsdienst vermochte sich nicht zu halten und zog sich zurück. Eine Anzahl von Ordnern wurde von der Menge mißhandelt. Die Stimmung im Stadtdinner ist nach wie vor sehr erregt. Im weiteren Verlauf der Polizeireaktion wurde auch eine verfeinerte Abteilung eingesetzt. Das Vorgehen der Polizei ist von den Leitern der Gewerkschaftsdemonstration dem Polizeipräsidium gegenüber als in jeder Beziehung korrekt bezeichnet worden.

Über die Vorgänge in Leipzig geht und folgender

amtliche Bericht

zu: Nachdem der Ermittlung des 6. Juni 1923 ohne besondere Ereignisse blieb, wurde gegen Mittag bekannt, daß auf dem Zentralarbeitsnachweis aufgefordert wurde, sich am Mittag auf dem Reichsgerichtspalast zu sammeln, um dem Brühl einen Besuch abzustatten. Die Polizei griff ein und verhinderte den Zugang nach dem Brühl. Der Zug bewegte sich nun durch verschiedene Teile der Stadt außerhalb des Promenadenringes und zog unter Dröhnen am Volkshaus vorbei. Die Polizei behielt den Zug ständig im Auge, so daß Ausbreitungen nicht vorkamen. Am Augustusplatz herrschte seit wann am Eingang der Grimmaischen Straße stehen. Als derselbe den Verkehr nicht mehr bewältigen konnte, wurde er auf sechs Mann verstärkt. Gegen 4 Uhr wurden diese Polizeibeamten von unkontrollierbarem Publikum und teils recht zweifelhaften Leuten, die sich dauernd verstärkten, schwer bedrängt. Ein Polizeiaufgebot von 40 Mann wurde eingesetzt, um die Ansammlung zu zerstreuen. Mittlerweile füllte sich der Augustusplatz nach mehr mit Publikum, so daß die Polizei sich auf die Absperrung der Grimmaischen Straße beschränkte. Eine Anzahl Leute bildete dann eine Kette und bemächtigte sich die Absperrung selbst zu halten, was auch anfangs gelang. Die Polizei wurde nach und nach zurückgenommen bis in den Eingang der Ritterstraße. Die Menge drängte zum Augustusplatz schrittweise nach, so daß dieselbe ebenfalls nach längerer Zeit den Eingang der Ritterstraße erreichte. Den andauernden Forderungen, die Polizei nach weiter zurückzunehmen, konnte nicht stattgegeben werden, vielmehr wurde mit Bestimmtheit erklärt, daß die Polizei diese Stellung unter allen Umständen halten werde. Nunmehr erschienen von der S. P. D. eine größere Anzahl Ordnern, denen es etwa 1/2 Stunden lang gelang, die Menge zu halten. Die Ordnern wurden von der Menge beschimpft, bedrängt und teilweise tätlich angegriffen. In Anbetracht dieser Lage wurde von diesen der Menge mißbehend je einmal erklärt, daß, wenn die Bedrohungen nicht aufhörten, sie sich zurückziehen müßten und der Polizei freie Hand lassen würden. Mehrere Redner, darunter auch Führer der S. P. D., versuchten vergeblich, die Menge zum Zurückgehen nach dem

Augustusplatz zu bewegen. Ihnen wurde allgemein entgegengerufen: Wir sind nicht S. P. D., S. P. D. und auch nicht S. P. D.-Leute, wir machen unsere eigene Aktion. Unter starkem Druck wurde versucht, die Ordnern in der Mitte zu sprengen. Die Ordnern konnten die Sache nicht mehr halten und erklärten nochmals, daß sie weggehen müßten, um der Polizei freie Hand zu geben. Alle Warnungen wurden mit Tönen und Schreien erwidert und in den Wind geschlagen. Nunmehr traten die Ordnern zur Seite und die Polizei, auf die die Menge einströmte, griff mit dem Gummiknüppel ein und räumte die Straße bis zum Augustusplatz. Während der vorher geschiedenen Vorgänge fiel vom Augustusplatz her bereits ein Schuß, auch wurden die Polizeibeamten und auch Redner mit Steinen, Säcken und andern Gegenständen beworfen. Die Polizei reagierte auf alles dies zunächst noch nicht.

Nach dem Vorüberdauern wurde am Augustusplatz zunächst durch eine Polizeifette abgeperrt. Darauf übernahmen wiederum Ordnern die Absperrung und die Polizei zog sich bis in die Ritterstraße zurück. Die Ordnern konnten die Mägen nicht mehr drängen Menge nicht halten, so daß dieselbe bald darauf erneut an der Ritterstraße stand. Hier erklärten nunmehr die Ordnern endgültig, daß sie ihre Tätigkeit einstellen und alles weitere der Polizei überlassen. Die Polizei brühte erneut vor und räumte die Straße bis zum Augustusplatz. Sie wurde nun dort mit einem Hagel von Steinen überschüttet, so daß sie sich etwa 20 Meter zurückzog, um zu sammeln. In dieser Zeit wurde auch das große Schaufenster von Bamberger u. Herz eingeworfen und teilweise gesplündert. Von der Menge wurden Steine in großen Massen von dem in der Pfisterung begriffenen Fußwege am Postgebäude herbeigeschleudert und die Polizei mit solchen und mit Glasstücken der zertrümmerten Scheibe beworfen. In diesem Zeitpunkt flogen abermals etliche Schüsse aus der Menge. Die Polizei griff nunmehr im Sturm Schritt, und zwar wiederum mit Gummiknüppel an, wurde aber mit einem solchen Hagel von Steinen, Glasstücken und andern Gegenständen überschüttet, daß die Beamten in spontaner Notwehr ihre Pistolen zogen und feuerten. Die Menge räumte nunmehr fluchtartig den Platz, worauf das Schießen endgültig eingestellt wurde. Die nunmehr eingesezte berittene Abteilung säuberte den Augustusplatz nach vollständig und zog sich dann auf die Mitte des Platzes zurück. Der ganze Vorgang spielte sich ab, nachdem die Demonstration der S. P. D. und des Gewerkschaftskartells den Augustusplatz verlassen hatte. In Anbetracht der Lage ist z. B. der Zug des Reichsgerichts schon vor seinem Eintreffen auf dem Augustusplatz wieder nach Lindenau zurückgeführt worden.

Die Gesamtlage blieb auf längere Zeit eine ruhige. Das Publikum, das meist aus Neugierigen bestand, hielt sich an der Peripherie des Platzes und drängte auch ohne polizeiliche Absperrungen nicht weiter vor. Gegen 5 1/2 Uhr zeigte sich abermals eine größere Anzahl recht zweifelhafter Elemente, die nach dem Rafferhaus festsitz zu vordringen. Die Polizei räumte ohne große Schwierigkeiten und ohne Waffenanwendung nochmals den Platz. Darauf trat nach und nach Ruhe ein, so daß gegen 11 Uhr der normale Verkehr hergestellt war.

Unter den verschiedenen Angriffswaffen, mit denen gegen die Polizei vorgegangen wurde, sind außer Holz- und Gummiknüppeln besonders hervorzuheben: ein scharfschneidendes Peil, eine Zigarre, zwei festgebundene Messer, ein Eisenwinkel mit Boden und zwei Eisenstäbe (Freiübungsstäbe für Turner). Ein Polizeibeamter in Zivil bemerkte im Eingange des Postgebäudes einen Mann, der eine Pistole in der Hand hatte. Es wurde versucht, denselben festzunehmen und ihm die Pistole zu entreißen, was leider nicht gelungen ist. Besonders sei noch erwähnt, daß von den vielen Augenzeugen, die die Entwicklung bis zum Verbrauch der Schusswaffe mit erlebten, die Sache als unabwehrbar bestätigt werden ist.

Die Zahl der Toten und Verwundeten läßt sich zur Zeit noch nicht genau feststellen. Soweit hier bekannt ist, sollen 5 bis 6 Tote und 22 Verwundete vorhanden sein. Die Polizei hat 15 Verwundete, darunter einige schwer. Ein Polizeibeamter wurde durch den Rücken in die Lunge gestochen und ist seinen schweren Verletzungen erlegen.

Das Polizeipräsidium erläßt für morgen eine Bekanntmachung, wonach auf Grund des § 123 Abs. 2 der Reichsverfassung alle Demonstrationen und Versammlungen unter freiem Himmel verboten werden.

Kämpfer gegen die rote Gefahr

Der Münchener Hochverratsprozess

München, 5. Juni. (Eig. Drahtber.)

Das Kreuzverhör, dem der Angeklagte Fuchs am weiten Verhandlungstage unterzogen wurde, drehte sich vor allem um die Feststellung, ob Fuchs nach dem Willen Richters für eine sofortige bayerische Aktion eingetreten sei. Der Termin dieser Aktion war für Donnerstag den 22. oberster Freitag den 23. Februar in Aussicht genommen. Als theoretische Vorbereitungen dafür galt die Unterredung zwischen Richter, Fuchs, Wachhaus, Meier, Freidmann und Kautler in der Wohnung des Wachhaus am 20. Februar abends. Hier wurde durch die drei letztgenannten Personen einwandfrei festgestellt, daß es sich für Richter und Fuchs darum handelte, daß Frankreich gerade im jetzigen Augenblick die bayerische Aktion dringend benötigte, damit Unruhen in Mittel- und Norddeutschland entstehen. Das Kabinett Cuno gestürzt werde und so der nationale deutsche Widerstand gebrochen würde. Dazu genüge schon die Heine Aktion in Südböhmen oder auch nur in München. Aber sie müsse sofort erfolgen, später sei sie nutzlos, denn inzwischen seien die Verträge zwischen den großen Industriefirmen Deutschlands und Frankreich abgeschlossen, wodurch die Regierung Cuno sowieso erledigt werde.

Der Angeklagte Fuchs leugnet in jeder Weise sein Einverständnis mit Richter und mit diesem Plan, bezweckt sich aber dabei in zahlreiche Widersprüche. Aus dem Verhör des Fuchs sind noch seine Angaben über sein Verhältnis zu den Münchener Neuesten Nachrichten von einigem Interesse. Danach hat er im Frühjahr 1920 für den ihm befreundeten Direktor Eich, damals Vorstandsmitglied der Deutschnationalen Partei in München, die Verhandlungen zum Anlauf der Münchener Neuesten Nachrichten geführt und auch zum Abschluß gebracht. Seine Beziehungen zu den Münchener Neuesten Nachrichten waren ja aller Natur, da Fuchs von 1904 bis 1907 Feuilletonredakteur und stellvertretender Chefredakteur war. Nach dem Verkauf der Münchener Neuesten Nachrichten (sein Papp-Buch 1920) war Fuchs weiterhin im Auftrage von Eich damit beschäftigt, in dem „nationalen“ Konzern der Münchener Neuesten Nachrichten weitere bayerische Blätter einzubringen. In diesem Sinne war er bis zum 4. März 1922 im Auftrage des Verbandes tätig. Er erhielt ein fündiges Monatsgehalt von 3000 M. Diese Mitteilungen sind heute den Münchener Neuesten Nachrichten natürlich sehr unangenehm, und in verschiedenen Reaktionsäußerungen versuchen sie, diesen ihren ehemaligen Freund und Mitarbeiter als „Reaktionswange“ abzutun.

Seite 8
it!
Reall
in
inn
r. 29.
20
H.
15/47
ger
schäft
14108
n gros
fer
ktion
le
SS 14

Der Fortgang des Verfahrens brachte zunächst die Aussagen der Brüder Guitermann, die beide Mitglieder des Bundes "Mittler" sind und der Reichswehr zum Oberbefehlshaber angeklagt sind. Ihren Aussagen ist zu entnehmen, daß sie sich dem Nachhaus zur Verfügung stellten im Glauben, es handle sich ausschließlich um die Bekämpfung des Bolschewismus.

Richtig scheint es zu sein, daß Nachhaus sie über die wahren Ziele seines Unternehmens im Unklaren gelassen hat. Das gleiche gilt von dem Angeklagten Berger, dem militärischen Leiter vom Bund "Mittler". Ihm war allerdings eine weitaus größere Bedeutung beigemessen, als die der Reichswehr. Auch Berger stellt immer wieder als Ziel seiner ganzen nationalen Betätigung den Kampf gegen die rote Gefahr in den Vordergrund. (1) Er hatte 300 Mann unter seinem Kommando, die er militärisch fest in der Hand hielt. Seit Mitte Januar hielt er mit seinen Leuten jeden Sonntag Appelle in einem von der Universität zur Verfügung gestellten Raum ab. (1)

Auf die ganze Art dieser nationalen Kampfbünde ist es bezeichnend, daß auch der französische Richter auf Veranlassung des Nachhaus Mitglieds des Bundes "Mittler" war und ihm eine ordnungsmäßige Militärdienstleistung auf dem Namen "Mittler" angedeutet wurde. Berger hat im ganzen etwa 4 Millionen Mark für seine Organisation erhalten, die er auch für diese Zwecke verwendet hat. Der eigentliche Führer des Bundes "Mittler" und Begleiter des Berger war der Regierungsbeamteter Schäfer, der auf der Zeugenschaft wichtige Aussagen zu machen haben wird. Verschiedene Augen, Studenten und Mitglieder des Bundes "Mittler" haben ausgesagt, daß Berger öfter von einer bevorstehenden Aktion gesprochen und Geld dazu gegeben habe. Die ganzen Aussagen dieses Angeklagten, die im allgemeinen wohl der Wahrheit entsprechen dürften, zeigen die heillos politische Verwirrung, in der diese Führer der sogenannten vaterländischen Kampfbünde leben und sich auf "Aktionen" vorbereiten. Es darf nicht wundernehmen, daß die Kampfbünde gegen den Bolschewismus in der Hauptsache auf die Sozialdemokratie eingestellt ist. Ihre größte Befürchtung ist immer gewesen, eine Regierung Preussisch-Silberding, womit sich der Bolschewismus über ganz Deutschland dehnen würde. Zum Schluß erklärte der Angeklagte wiederholt, daß er über die französischen Zusammenhänge des Unternehmens von seinem Begleiter Schäfer und dem Nachhaus, mit dem er ziemlich viel verkehrte, vollständig im Unklaren gelassen worden sei.

Die Kredite der Reichsbank

In der dritten öffentlichen Sitzung des parlamentarischen Ausschusses zur Untersuchung der Ursachen des Zusammenbruchs der Markstabilisierungsaktion wurde die Erörterung der Frage der Schaffung von Goldkrediten und Goldkonten bei der Reichsbank fortgesetzt. Zuvor wurde ein Antrag des Gewerkschaftsleiters Schmidt, eine Zusammenstellung der Devisenumsätze an den Börsen in Berlin, Frankfurt, Hamburg, Köln, Düsseldorf und Essen zwischen dem 1. Januar und dem 1. Mai d. J. vorzulegen, vorläufig zurückgestellt, bis Auskunft vom Reichsfinanzministerium darüber vorliegt, ob der Devisenumsatzstempel für die gewöhnliche Zeit nachgewiesen werden kann. Auf die Frage des Gewerkschaftsleiters Schmidt, wie die Reichsbank heutzutage bei der ungesicherten Verschuldung der industriellen Unternehmen, wie wir sie z. B. als Muster in der Firma Hugo Stinnes und der Hugo-Sinnes-Linie vor uns haben, die Kreditwürdigkeit nachprüfen will, weiß Reichsbankpräsident Havenstein nur zu erwidern, daß dies geschehe, soweit es in Menschenkräften liegt, daß im übrigen das Wort eines Kaufmanns und das persönliche Vertrauen gelten müsse. Im übrigen stellen sich die Vertreter der Reichsbank erneut auf den Standpunkt, daß die Schaffung von Goldkrediten und Goldkonten bei der Reichsbank aus sachlichen und technischen Gründen unmöglich sei, wobei sie von den bürgerlichen Mitgliedern des Ausschusses in ihrer Auffassung bekräftigt werden. Genosse Robert Schmidt weist auf die große Gefahr hin, die darin liege, daß Privatbanken Konten in Dollarkrediten annehmen, wodurch die Devisenordnung umgangen werde. Demgegenüber empfiehlt sich doch vielmehr zur Entlastung des Devisenmarktes die Eröffnung von Konten in wertbeständigen Anteilen. Dieser Auffassung pflichtet, wenn auch unter gewissen Vorbehalten, Reichsbankpräsident Havenstein bei.

Genosse Schmidt betont überdies, daß diese Art der Entlastung des Devisenmarktes durch wertbeständige Anteile deshalb auch wichtig sei, weil damit die deutsche Wirtschaft im geschäftlichen Verkehr in der deutschen Währung bleibt. Von anderer Seite wird unterstrichen, daß nur solche Stellen wertbeständige Anteile annehmen dürfen, die auch tatsächlich wertbeständige Einnahmen haben, und auf die Gefahr hingewiesen, die das Reich durch die Ausgabe wertbeständiger Anteile laufe, weil es dadurch das Risiko der Kurschwankungen übernehme. Im Laufe der weiteren Erörterungen bemängelt Genosse Drey nochmals den zu niedrigen Diszontsatz der Reichsbank, wodurch deren Kreditwürdigkeit ungenügend erwachsen, was er mit Beispielen belegt. Der V. Dreyburg sieht seine Aufgabe als Ausschussmitglied darin, festzustellen, daß Frankreichs Politik gegenüber Deutschland die Hauptursache an dem Zusammenbruch der Stabilisierungsaktion trage.

und läßt sich dies vom Staatssekretär Schröder bestätigen. Gegen diese Art der Verhandlungsführung erhoben unsere Genossen Einspruch. Dasselbe hat von Genosse Schmidt betont, die Haltung des Auslandes stark mitgeprägt, aber die Aufgabe des Ausschusses ist es gerade, zu prüfen, wie weit auch deutsche Kreise am Werke waren, die Stabilisationsaktion zu untergraben. Im wesentlichen brachte die Sitzung also nur rein theoretische Auseinandersetzungen, ohne in der Kernfrage bedeutende Fortschritte zu erzielen.

Vergehen gegen die Devisenordnung

Die von den sozialdemokratischen Mitgliedern des Untersuchungsausschusses zur Markstabilisierung verlangte Uebersicht über die Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften der Devisenordnung ist dem Ausschuss inzwischen vorgelegt worden. Daraus geht hervor, daß vom Oktober 1922 bis zum April 1923 in 774 Fällen Verstöße beobachtet worden sind. Davon betrafen sich 690 Fälle auf Deutsche, der Rest auf Ausländer. In 241 Fällen ist Verurteilung erfolgt, in 47 Fällen Freispruch oder andere Erledigung. Innerhalb sind bisher 486 Fälle. Bei der rechtsstrafrechtlichen Beurteilung wurde in 235 Fällen auf Geldstrafe, in 13 Fällen auf Gefängnisstrafe erkannt. Die Geldstrafe ist in fast allen Fällen weniger als 50.000 M., die Gefängnisstrafe nur in einem Falle drei Monate, in drei Fällen ein bis drei Monate, in 9 Fällen ein bis vier Wochen.

Die Verhandlung im Ausschuss wird über die Bedeutung dieser Zahlen noch volle Klarheit schaffen müssen. Einworte hinterlassen sie den Eindruck, als ob die Vergehen gegen die Devisenordnung außerordentlich milde behandelt werden und die Berichte gar nicht daran denken, das was im Uebersicht ausgeführt ist, aber durchaus richtige Wort des Wirtschaftsministers Beder zu bekräftigen, daß Devisenvergehen Bedroher am deutschen Volke sind.

Die Brüsseler Besprechungen

Am Mittwoch haben in Brüssel die Besprechungen zwischen Poincaré und der belgischen Regierung begonnen, um zwischen Frankreich und Belgien unter Berücksichtigung der geänderten Verhältnisse ein gemeinsames Aktionsprogramm und Reparationsprogramm aufzustellen zu versuchen. Ist das gelungen, dann will man versuchen, über die Reparationsfrage mit der englischen Regierung und mit Italien in Verhandlungen zu treten, um so eine Einigung innerhalb der Entente herzustellen. Von englischer Seite wird ebenfalls das Ziel der Einigung unter den Alliierten verfolgt. Aber der Unterschied zwischen der englischen und der französisch-belgischen Auffassung ist der, daß Belgien und Frankreich die Reparationskonferenz der Entente wünschen, um hier eine Verständigung über die Forderungen an Deutschland zu vollziehen, die dann in ultimativer Form vorgelegt werden, während England zunächst eine Einigung innerhalb der Alliierten wünscht, und dann über das zustandekommene Protokoll mit Deutschland in Absprache mit den Vertretern seiner Verbündeten verhandeln will. Mussolini neigt im allgemeinen der englischen Auffassung zu, jedoch muß von ihm auch die Beteiligung an einem ultimativen Schritt erwartet werden, wenn er sich hieron besondere Vorteile finanzieller und materieller Art für Italien verspricht.

Verträtet man die außenpolitische Lage unter diesen Gesichtspunkten, dann bleibt es jetzt schieflich gleichgültig, was an tatsächlichen Leistungen in der neuen deutschen Note angeboten wird. Wir sind an dem Termin angelangt, an dem die Ententemächte gemeinsam betreten sind, von sich aus dem Rubrikonflikt ein Ende zu bereiten. Mit dieser Latode müssen wir uns heute abfinden, nachdem die gegenwärtige Regierung verkauft hat, durch ein konkretes und substantiiertes Angebot frühzeitig der Entwicklung andre Bahnen zu weisen, sie vielmehr statt dessen Ratlosigkeit gefolgt ist, die innerhalb der Entente bestehenden Mischungen dienen. In Erkenntnis dessen, was kommen wird, hatte die Sozialdemokratie frühzeitig ihre Stimme erhoben und fortgesetzt zu einem weitgehenden Angebot ohne positiven Erfolg gemacht. Für das Gesehene trägt deshalb ausschließlich die Reichsregierung die Verantwortung. Das gilt auch für die neue Note, und es ist nicht richtig, von Uebereinstimmung zwischen Reichstag und Regierung in der Form zu sprechen, wie es in einer bolschewistischen Hoffmeldung geschehen ist. Die Sozialdemokratie steht noch wie vor zu ihren Vorbehalten zu der neuesten Note.

Der Vorteil in dem neuen deutschen Angebot liegt darin, daß jede Polemik, die Frankreich und Belgien in der Auffassung bestärken könnten, daß es ohne Ultimatum nicht geht, vermieden wird. Aber trotzdem ist zu befürchten, daß die auf Verständigung hingelenden Teilnehmer an der kommenden gemeinsamen Konferenz der Alliierten einen härteren Stand haben. Ist vorerst auch mit einem Ultimatum nicht bestimmt zu rechnen, so müssen wir doch darauf gefaßt sein, daß seine Verhinderung nur durch Zugeständnisse innerhalb der Entente auf Kosten Deutschlands möglich sein wird. Die

Behandlung der Sicherheitsfrage durch die englische Presse im Sinne einer internationalen Gendarmerie unter Kontrolle des Völkerbundes ist ein schlechtes Vorzeichen für Kompromissmöglichkeiten, um die erstrebte Einigung innerhalb der Entente zu verwirklichen.

Treue zur Republik

(Von unserm rheinischen Korrespondenten) In den Jahren 1918 und 1919, nach dem Waffenstillstand und zu Beginn der Besetzung, ist es den Franzosen gelungen, nicht wenige Rheinländer für die Idee einer "rheinischen Republik" zu fesseln. Je mehr sich aber die Verhältnisse in Deutschland besserten, die Weimarer Verfassung die Idee der Reichseinheit in alle besonnenen Köpfe hämmerte und gleichzeitig der französische Imperialismus offen zur Gewalt überging, desto weniger war von einer rheinischen "Bewegung" zugunsten einer Loslösung auch nur von Breußen zu hören. Auch das Zentrum hat sich in zahlreichen Kundgebungen dazu bekannt, daß eine Abtrennung der Rheinlande von Breußen auch die Reichsflammen lösen würde und daß es alle Kräfte gegen die französische Reparationspolitik mobil machen wolle.

Es scheint nun, daß die Franzosen die Taktik von 1918 und 1919 noch einmal wiederholen wollen, mitten in den Wogen brutaler imperialistischer Gewalt gegen die Rheinlande. Zwar gelingt es den Sendboten der Pariser Nachhader nicht, die Rheinländer in ihrer deutschen Bestimmung müde zu machen. Wohl aber macht sich die Propaganda geschicklich die vielen Gerüchte zunutze, daß mit den Rheinländern kraft eines Diktats der Entente, bald etwas geschehen werde. Die rheinischen Spielbürger und auch der eine oder andre Politiker wollen für diesen "Fall" gerüstet sein, d. h. sie können gar nicht abwarten, zu beleuern, daß sie sich auf irgendeinen Boden irgendwelcher "gegebenen Tatsachen" stellen wollten, wenn es durch irgendeinen Gewaltakt so weit ist.

Die rheinische Sozialdemokratie warnt daher Unvorsichtige. In der rheinischen Zeitung läßt sie erklären, daß sie freiwillig keine Position am Rhein räumen werde. Wirtenschaftlich für die deutsche Republik, wird sie deren Grenzmarkt gegen die von Westen herandrängende Weltreaktion, wenn es gilt, für Frankreich, mit allen Mitteln verteidigen. Jede Gewaltanwendung des französischen Imperialismus muß auf die äußerste Festigkeit des Rheinlandes stoßen: "Frankreich darf von der rheinischen Sozialdemokratie jedes Verständnis erwarten für Sicherheit gegen jede Kriegswahrscheinlichkeit zwischen beiden Völkern. Nur über ein Niederhalten der schwarzrothgoldenen deutschen Freiheitsflagge am Rhein lassen wir nicht mit uns reden."

Damit soll nicht gesagt sein, daß der Widerstandswille weitaus aller Bürgerlicher Kreise geschwächt sei. Wohl aber ist die rheinische Sozialdemokratie der festeste Hort gegen alle Menscheit, Abirrung und Opportunismus, gegen die am stärksten ihre große geschichtliche Aufgabe ist.

Meuternde Franzosen

Gelsenkirchen, 6. Juni. (Sta. Draht.) Die neueste Aktion der Franzosen scheint vorläufig zum Stillstand gekommen zu sein. Die wichtige Mittellinie Aken-Oberhausen-Gelsenkirchen-Rochum ist von Bergs-Barbed an bis Gerne-Güterbahnhof besetzt. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß diese Linie noch bis Dortmund besetzt wird. Dafür spricht die Verlegung des Hauptquartiers der 13. französischen Division von Gelsenkirchen nach Dortmund. Die Mittellinie soll in Zukunft allem Anschein nach die Haupttransportlinie bleiben. An ihr liegen die größten Kokereien, wie "Bonifatius", "Rhein-Elbe", "Rust" usw.

Aus Berichten, die aus dem altsiedlichen Gebiet hierher gelangen, geht hervor, daß sich unter den französischen Truppen und Eisenbahnern links des Rheins, besonders in der Trierer Gegend, Unruhen bemerkbar machen. Verschiedentlich mußten zur Niederwerfung dieser Unruhen Kolonialtruppen herangezogen werden. Eine Schwadron Spahi, die in der Pfalz Aufstellungen vornahm, wurde plötzlich nach Trier gezogen, um Unruhen meuternder Alpenjäger niederzuschlagen. Dabei gab es mehrere Tote und Schwerverletzte. Auf dem Westbahnhof Trier fanden deutsche Eisenbahnler die Leiche eines Marokkaners mit schweren Verletzungen auf. Er soll bei einem Eingreifen gegen französische Eisenbahner zu Tode gekommen sein.

Die Franzosen ziehen augenblicklich ihre Truppen aus den Landorten zurück und legen sie in die Großstädte Dortmund, Gelsenkirchen und Bochum. In Wanne sind die Zechen "Unser Fritz" und

Leben • Wissen • Kunst

Religionsunterricht in den englischen Schulen.

Die Beratungen des 30. Reichstagsausschusses über den Reichsschulgesetzentwurf zu Artikel 146,2 sind gegenwärtig in weiten Volkskreisen großes Interesse entgegengebracht. In solchen Zeiten empfindet es sich, den Blick über Deutschlands Grenzen zu richten und die Regelung in anderen Kulturstaaten zum Vergleich heranzuziehen. Dem Journal of Education, April 1920, entnehmen wir folgende bemerkenswerte Ausführungen über den Religionsunterricht in den englischen Schulen:

Englands freireligiöse Gesetzgebung bemüht sich bisher auch auf dem Gebiete der religiösen Unterweisung, über die der Education Act von 1870 bestimmt; die weltliche Schulbehörde kann einen von ihr für geeignet gehaltenen Religionsunterricht anordnen, ist aber dazu nicht verpflichtet. Keinem Schüler einer öffentlichen Schule darf Teilnahme am Gottesdienste, an der Sonntagschule oder an irgendwelcher religiöser Unterweisung auferlegt werden, wenn die Eltern oder Vormünder dagegen Einspruch erheben. Jede religiöse Unterweisung in der Schule muß am Anfang oder Ende des Tagesplans liegen; wird ein Schüler davon durch die Erziehungsverhältnisse zurückgehalten, so darf er nicht sonst irgendwie die Vorteile des übrigen Unterrichts verlieren. Die Inspektoren haben im Religionsunterricht nicht zu prüfen und keine Frage zu stellen.

Abgesehen von vielen Bezirken in Wales, wo das Sonntagschulgesetz dafür eingebürgert ist, erziehen wohl alle öffentlichen Schulen heute religiöse Unterweisung auf Grundlage der Bibel, aber ohne alle dogmatische Färbung. Daran nehmen die Kinder fast alle teil, ohne Unterschied des Bekenntnisses, und die Eltern sind mit dieser unkonfessionellen Form ihres Unterrichts einverstanden. Entsprechend gibt es natürlich nicht-konfessionelle Lehrerseminare und technische Unterweisung der Lehrer unter einer konfessionellen Prüfung oder Berechtigung.

Alles bisher Gesagte gilt nicht nur für die Council- oder Provided schools, die sich in der Hauptsache aus Gemeindefleuten erhalten, wozu beträchtliche Staatszuschüsse kommen. Neben ihnen bestehen, der historischen Entwicklung gemäß, die religiösen (oder nonprovided) Schulen, auch Voluntary schools genannt. Diese sind ausschließlich von religiösen Körperschaften gegründet worden, werden auch von ihnen unterhalten. Schulgeld dürfen auch sie nicht erheben, ihre Haupterlöse sind lediglich freiwillige Beiträge der Schülern. Der Staat gibt ihnen einen Zuschuß zu den Gehältern. Er überwaht ihre äußere und innere Organisation. Die konfessionellen Schulbehörden haben das Recht, den Hauptlehrer selbst zu wählen. Natürlich wird dieser, wie auch die Mehrheit der

anderen Lehrer, dem konfessionellen Amtseid unterworfen. Hier hat auch der Geistliche Zutritt, um in Religion zu prüfen, jedoch nach dem Gesetz höchstens zweimal im Jahre. Er hat die Zeit seines Erscheinens vorher bekanntzugeben, damit die Kinder, deren Eltern dies wünschen, fortbleiben können.

Wenn man bedenkt, daß die Schule vor 1870 lediglich eine Einrichtung der Kirche war, so gewinnen folgende Zahlen doppelte Bedeutung:

Tafel: Schulbesuch	
Tafel: Schulbesuch	
Tafel: Schulbesuch	
1909: 14 288	3 722 817
1919: 12 302	2 786 918
1909: 5075	3 006 169
1919: 8021	4 329 282

Der Gang der Entwicklung ist klar. Immer mehr Eltern, bedingt von den allgemeinen Erfolgen und von der ungenügenden Art der religiösen Unterweisung in den Council-Schools, vertrauen diesen ihre Kinder an. Der Krieg hat für die nicht-konfessionelle Erziehung eine doppelt günstige Atmosphäre im Volk geschaffen; denn er hat den Sinn für die Solidarität aller Schichten gestärkt, die Unterschiede zwischen Frommen und Freidenkern, zwischen Protestanten und Katholiken durch vier Jahre gemeinsamer Gefahren vielfach zum Verschwinden gebracht. Der Begriff der Erziehung hat sich erweitert; diese erstrebt sich nicht im bloßen Anlernen von Lesen, Rechnen und Schreiben plus Axiomatismus, sondern will wissenschaftlich begründete Vorbereitung auf ein vollmenschliches, edles Leben sein.

Das Urteil im Willi-Prozess

Heute Donnerstag mittag 12 Uhr wurde im Willi-Prozess die Entscheidung verkündet. Die Kreishauptmannschaft Dresden hat in kollegialer Zusammenfassung den Antrag des Präsidiums der Genossenschaft Deutscher Bühnengestaltung vom 11. Januar d. J. auf Zurücknahme der dem Direktor Paul Willi am 22. Juli 1921 erteilten und am 30. Juni 1922 verlängerten Genehmigung zu Schauspielunternehmungen im russischer Schauspielhaus kostenpflichtig zurückgewiesen.

Begründend wird ausgeführt: Die Kreishauptmannschaft hat nach dem Ergebnis der Verhandlung die Ueberzeugung gewonnen, daß bei dem Verhalten Willis eine Anzahl seiner wesentlichen Mitglieder gegenüber unbillige Vorurteile nicht mitgespielt haben. Auch sie erklärt in diesem Verhalten eine grobe Taktlosigkeit und Ungehörigkeit Willis, die aber nicht zum Inhalt dieser Entscheidung genommen werden kann, ihm die Zurechenbarkeit in ständiger Beziehung ohne weiteres abzusprechen.

Weiter vermag die Kreishauptmannschaft der Auffassung nicht beizutreten, daß Willi die wirtschaftliche Zurechenbarkeit verliere. Daß die Aktion, die Willi bei der Konzeptionserteilung gestellt hat, tatsächlich von seiner Ehefrau gestellt worden ist, war seinerzeit nach Lage der Verhältnisse nicht zu beanstanden. Der Umstand, daß — wenn die Aktion zurückgezogen worden wäre — vielleicht das ganze Theaterunternehmen auf dem Spiel gestanden haben würde, was übrigens noch keineswegs erwiesen ist, vermag die wirtschaftliche Unzurechenbarkeit Willis für sich allein nicht darzutun.

Was die künstlerische Zurechenbarkeit anbelangt, so erscheint es allerdings fraglich, ob Willi geeignet und fähig ist, die bei der Eigenart der Verhältnisse besonders schwierige Leitung des russischer Schauspielhauses zu führen. Es mag auch dahingestellt bleiben, ob der für die Konzeptionserteilung zuständige Kreisvorsitzende, wenn es sich gegenwärtig um eine solche handeln würde, auf eine solche Zustimmung würde, da die Vorschriften des § 32 der Gewerbeordnung streng auszuliegen sind und die Erlaubnis zu verweigern ist, wenn begründete Bedenken gegen die Person des Nachsuchenden zu erheben sind.

Für die zur Entscheidung über die Konzeptionserteilung zugrundeliegende Kreishauptmannschaft als Kollegialbehörde aber sind andere Gesichtspunkte maßgebend. Nur wenn aus Verhandlungen und Unterlassungen des Schauspielunternehmers der Kongal bei ihm voraussetzenden Eigenschaften klar erhellt, ist sie nach § 63 der Gewerbeordnung befugt, die Genehmigung zurückzunehmen. Nach dem Ergebnis der Verhandlung und den Gutachten des Sachverständigen und der sachverständigen Zeugen gehen nun zwar der Kreishauptmannschaft Zweifel an der künstlerischen Zurechenbarkeit Willis bei, das Kollegium ist aber einstimmig zu der Ueberzeugung gelangt, daß die festgestellten und als erwiesen anzusehenden Tatsachen noch nicht zu dem Schlusse nötigen, daß die für die Konzeptionserteilung zuständige Kreishauptmannschaft Willis nicht mit ihm dessen Unzurechenbarkeit klar erhellt.

Dem Antrage auf Konzeptionserteilung war hiernach nicht stattzugeben.

Die amtlichen Kosten des Verfahrens bei der Kreishauptmannschaft fallen nach dem Beschlusse des Kongales vom 30. April 1920 und 17. Juni 1921 der Genossenschaft Deutscher Bühnengestaltung zur Last.

Wie wir schon erfahren, wird die Bühnengestaltung gegen dieses Urteil Rekurs einlegen.

„Gute“ neu besetzt. Die Bergarbeiter traten in einen 48stündigen Streikfrei.

Neu besetzt mit einer Kontribution wurde die Stadt Lennep. Hier soll eine französische Wache beschossen worden sein. Es steht jedoch einwandfrei fest, daß die Franzosen sich gegenseitig beschossen haben.

In Bochum sind jetzt neun höhere Lehranstalten von den Franzosen besetzt.

Reinisch, 6. Juni. Am Sonntag hat eine Abteilung von 100 Mann französischer Truppen, die von Dies an der Bahn kommen, die Krupp'sche Speermannshütte bei Reunisch sowie die gruppische Hütte in Wühlhofen bei Engers besetzt. Gleichzeitig kam von Koblenz der französische General an, der erklärte, die Hütten seien zur Einreißung von 20 Milliarden Mark Kohlensteuer besetzt worden, die die Firma Krupp in Essen nicht bezahlt hat. Sollte die Begleichung nicht erfolgen, so würden die Hütten zerstört werden.

Wimmern, 6. Juni. Gestern abend wurde die Eisenbahnwerkstätte des hiesigen Bahnhofs von den Franzosen besetzt. Die Franzosen haben zahlreiche Verhaftungen vorgenommen und 20 Eisenbahnerfamilien ausgewiesen.

Protest gegen den Kindermord

Im preussischen Landtag erhob Präsident Heinert Protest gegen den Mord an einem siebenjährigen Schüler in Düsseldorf. Er führte z. a. aus: Wir können in dieser traurigen Zeit nichts weiter erbliden als einen gemeinen Mord an einem wehrlosen Kinde, der diesen Eindruck gewährt in die Denkmäler solcher vom Blutrausch besessenen Soldaten. Der Mord an Schläger ist noch heuchlerisch durch eine Gerichtsverhandlung verschleiert worden. Jeder Soldat im besetzten Gebiete scheint Rordirekt zu haben. Wir erheben gegen diese Untaten den allerhöchsten Protest und rufen alle human denkenden Menschen in der Welt auf, sich diesem Protest anzuschließen.

Die Reform der Gerichtsverfassung

Der Reichstag überweist in seiner Sitzung vom Mittwoch den Entwurf eines Weinsteuergesetzes an den Stenographen Ausschuss. Der Gesetzentwurf sieht als Steuerobjekt für Schaumwein und für Schaumweinalkohole Getränke 30 v. H., im übrigen 20 v. H. des Stenwertes vor. Bei der ersten Beratung des Gesetzentwurfes zur Revidierung der Strafgerichte machte Genosse Radbruch in einer kurzen aber klaren und scharf pointierten Rede mancherlei Einwände geltend. Er sagte u. a., der Gesetzentwurf bringe auf den einen Seite eine größere Berücksichtigung des Laienelements, nehme aber auf der andern Seite den Laien wieder manche Rechte. Ganzlich verlor der Gesetzentwurf bei der Auswahl der Geschworenen und Schöffen. Auch bringe er keine Berufung gegen die Schwurgerichte. Der Gesetzentwurf sieht keine Schöffengerichte vor (ein Richter und zwei Schöffen), sechs Schöffengerichte (drei Berufsrichter und zwei Schöffen) und Schwurgerichte (drei Richter und sechs Geschworene als eine einheitliche Körperchaft), außerdem das mit sieben Richtern besetzte Reichsgericht. In der Begründung des Gesetzentwurfes wird angegeben, daß die neuen Schwurgerichte etwas ganz Neues sein würden und nur noch der Name der bisherigen Schwurgerichte beibehalten wird. Radbruch bezeichnet den Gesetzentwurf als systemlos und kündigt Kritik und positive Verbesserungsvorschläge im Ausschuss an. Der Reichsjustizminister mußte zugeben, daß sich der neue Entwurf wesentlich von dem unterzeichneten, was unter der Führung Radbruchs im Reichsjustizministerium geplant war. Die bayerischen Volksgerichte würden, so sagte der Minister, nach der Beendigung dieses Gesetzes verschwinden müssen. Der Deutschnationalen Warmanuh begreifelte, ob es notwendig sei, die finanzielle Belastung, die mit der Reform verbunden sei, in der jetzigen Zeit zu übernehmen. Der Deutschsozialist Düringer und der Demokrat Schilling stehen dem Gesetzentwurf günstiger gegenüber als Radbruch. Düringer bezeichnet ihn trotz allem als eine Last. Der Gesetzentwurf wurde dem Reichsausschuss zur Weiterberatung überwiesen.

Der Reichstag beschäftigte sich dann mit einigen Amnestieentscheidungen, die aus der Haushaltsberatung für das Reichsjustizministerium dem Reichsausschuss überwiesen waren und nun wieder an die Vollversammlung gelangt sind. Bei dieser Gelegenheit verlangte Genosse Rosenfeld von dem Reichsjustizminister Auskunft darüber, ob es richtig sei, daß er auf einem Abend der Deutschen Volkspartei in Hamburg erklärt habe, die Deutschnationalen Volkspartei treibe der Deutschen Volkspartei noch immer an nächsten. Das sei keine Äußerung für einen Minister der Republik. Seine Rede sei damit heraus, daß er in jener Versammlung als Abgeordneter gesprochen habe. — Eine von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion vorgelegte Entschließung verlangte die weis-

gehende Begnadigung der wegen politischer Straftaten in Bayern im Jahre 1919 Verurteilten, ferner der wegen Teilnahme am Eisenbahnstreik im Jahre 1922 strafrechtlich oder disziplinarisch Verurteilten und fordert schließlich Einstellung der wegen Teilnahme am Eisenbahnstreik schwebenden Disziplinarverfahren. Diese Entschließung wurde, nachdem sie von dem Reichsjustizminister als zu weitgehend und als Eingriff in die Justizhoheit Bayerns bekämpft worden war, abgelehnt. Angenommen wurde folgende Entschließung der Ausschussmehrheit: „Der Reichstag nimmt mit Genugtuung Kenntnis von der Erklärung der Reichsregierung, daß in dem Strafverfahren gegen Eisenbahnbeamte und Eisenbahnarbeiter aus Anlaß des Eisenbahnstreiks vom Jahre 1922 die zuständigen Landesregierungen im weitesten Umfange vom Rechte der Gnade Gebrauch gemacht haben. Der Reichstag spricht weiter die Erwartung aus, daß der vorbildlichen Haltung der Eisenbahnbeamten im besetzten Gebiet und im Einbruchgebiet dadurch Rechnung getragen wird, daß auch in den aus dem nämlichen Anlaß eingeleiteten Disziplinarverfahren auf menschliche Milde und auf weitestgehende Ausübung des Begnadigungsrechtes hingewirkt wird.“

Auf der morgigen Tagesordnung steht die sozialdemokratische Interpellation über den Marktzug und die wirtschaftliche Lage. Die Aussprache wird vermutlich auch noch den Freitag in Anspruch nehmen. Am Sonnabend wird der Reichstag das Reichsverorgungs- und das Wehrmachtverorgungs-gesetz beraten, am Montag und Dienstag nächster Woche das Knappschaftsgesetz, am Mittwoch soll der Gesetzentwurf zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten auf die Tagesordnung gesetzt werden. Der jetzige Tagesabchnitt des Reichstages wird vermutlich längere Zeit dauern, wahrscheinlich bis fast in den Juli hinein.

Die „Opferfreudigkeit“ des Besitzes

Während in den bürgerlichen Blättern lange gegen die „Opferfreudigkeit“ der Landwirtschaft verhandelt worden ist, stellt sich jetzt heraus, daß die Landwirtschaft für die „schwersten Opfer“, die sie bringen soll, ebenso wie die Industrie, ihre Bedingungen stellt. (Sie nennt es vorzüglicher „Voraussetzungen“!) Die Deutsche Tageszeitung gibt die Auffassung der Vertreterversammlung des Reichs-Landbundes, die zur Garantleistung der Landwirtschaft „einmütig“ Stellung genommen hat, wie folgt wieder:

Die Vertreterversammlung erkennt die Pflicht jedes Standes, für die Freiheit des deutschen Volkes auch die schwersten Opfer zu bringen, als selbstverständlich an, aber sie ist sich zugleich der Pflichten bewußt, die ihr als dem Vorkämpfer des deutschen Volkes auf dem Gebiete der Ernährungssicherung und die ihr im Rahmen der Erhaltung der gesamten Wirtschaft obliegen. Aus diesen Pflichten ergeben sich gewisse Voraussetzungen für den Einsatz ihrer äußersten Leistungsbereitschaft. Diese Voraussetzungen erblickt die Vertreterversammlung auf wirtschaftlichem und innerpolitischen Gebiet in erster Linie darin, daß nicht der Immobiliarbesitz allein mit den Garantleistungen besetzt wird, daß für die Intensivierung der landwirtschaftlichen Produktionen jegliches Hindernis beseitigt wird und daß unbedingt die Gewähr für Ruhe und Ordnung im Innern geboten wird. Außerpolitisch erscheint ihr als unerlässliche Bedingung die Erreichung des Friedens, allein und ohne den schmerzhaften Druck der Fremdherrschaft zu befreien.

Die Stellungnahme im einzelnen soll in einer Denkschrift niedergelegt werden.

Man darf gespannt sein, was die Denkschrift gegen die Erfassung der Sachwerte (Immobilienbesitz) vordringen wird, und welche „Hindernisse“ für die ertagreichere landwirtschaftliche Erzeugung beseitigt werden müssen. Wir haben nichts dagegen, wenn die Landwirtschaft endlich Ernst macht und durch eine Verbesserung der Erzeugungsmittel der Maschinen, der Saatgutbehandlung für eine vermehrte Erzeugung sorgt. (Wisher hat sie sich zum großen Teil dagegen gestraubt!) Sollte man aber unter den zu beseitigenden „Hindernissen“ — was wahrscheinlich ist — den Achtundentag und andre Rechte der Arbeiterklasse verstehen, so wird die Sozialdemokratie alle Entrechtungsversuche abzuwehren wissen.

Auch dagegen haben wir nichts, daß die Landwirtschaft durch Bereitstellen billigerer Lebensmittel, die sicherste Gewähr für Ruhe und Ordnung im Innern schafft. Wenn sie das täte, wären alle Denkschriften überflüssig. Tut sie das nicht, so werden auch die längsten Denkschriften nicht darüber fortzukäufen, daß die vielgerühmte

Opferfreudigkeit und Vaterlandsliebe der Landwirtschaft nur auf dem Papier zu finden ist.

Auch der Großhandel hat seine Bereitwilligkeit zum Ausdruck gebracht, in angemessenem Verhältnis zur übrigen Wirtschaft Lasten für Reparationszwecke zu übernehmen. Auch er wendet sich selbstverständlich gegen die Erfassung der Sachwerte. Die Belastung soll vielmehr durch eine Steuer erfolgen:

Wenn schon im allgemeinen die Form einer Beteiligung des Reiches an den Internierungen schwierig ist, so stellt dies besonders für den Handel, zumal dieser bisher nur sehr wenig in Gesellschaftsformen betrieben wurde. Die Durchführung der Belastung müßte als Reichsteuer auf gesellschaftlichem Wege nach objektivem Maßstab erfolgen. Da den einzelnen Wirtschaftskörpern verständliche Immobilien in verschiedenem Ausmaße zur Verfügung stehen und die Verpfändung von Mobilien schwerer und für den Gläubiger weniger wertvoll sei, müßte die steuerliche Belastung von der Sickerheitsleistung getrennt gehalten werden.

Aber ebenso wie die Landwirtschaft ist auch der Großhandel genötigt worden durch die einmütige Ablehnung, die die Bedingungen der Industrie nicht nur in der Arbeiterschaft, sondern auch in weiten Kreisen des Bürgertums erfahren haben. Deshalb spricht man nicht mehr von Bedingungen, sondern nur von den „notwendigen Voraussetzungen“ für eine gesteigerte Ertragsfähigkeit der Wirtschaft:

Die Übernahme von Lasten durch die Wirtschaft könnte nicht von Bedingungen abhängig gemacht werden. Es sei allerdings klar, daß die Zahlung der Reparationsbeträge durch die Wirtschaft nur möglich sei, wenn die Ertragsfähigkeit der Wirtschaft während des Reparationskampfes ganz wesentlich gesteigert werde und dafür die notwendigen Voraussetzungen geschaffen werden.

Auch wir halten für unbedingt notwendig, die Ertragsfähigkeit unserer Wirtschaft zu steigern. Sollte aber das Unternehmertum unter den dazu notwendigen Voraussetzungen in erster Linie eine Verlängerung der Arbeitszeit verstehen, so wäre dies gerade in den jetzigen Zeiten der Not, der Entbehrung und der Unterernährung der ungeeignetste Weg um eine Steigerung der Leistungsfähigkeit zu erzielen. Deshalb werden wir uns mit aller Macht dagegen wehren, daß Landwirtschaft, Handel und Industrie, die jetzt endlich erzwungen werden, einen Teil der Reparationslasten mitzutragen, sich dafür an der Arbeiterschaft schadlos halten wollen. Auch doch die Arbeiterschaft sowohl durch die verschlechterten Lebensbedingungen den größten Teil der Lasten tragen. Die Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaft muß und kann nur gesteigert werden durch eine Verbesserung und Vervollkommnung der Erzeugnismittel.

Der Dollar 79 301,—

Berlin, 7. Juni. (Amstich.)		7. 6.	7. 6.	6. 6.	6. 6.
		Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam	1 Gulden	31047,—	31203,—	30124,50	30275,50
Buenos Aires	1 Peso	27680,50	27810,50	26683,—	26817,—
Kopenhagen	1 Krone	13206,50	13333,50	12468,50	12591,50
Dänemark	1 Krone	14364,—	14456,—	13865,—	13956,—
Schweden	1 Krone	21147,—	21253,—	20349,—	20461,—
Helsingfors	1 Fin. Mark	2189,50	2216,50	2054,50	2085,50
Belgien	1 Franc	4398,50	4421,50	4314,—	4336,—
Italien	1 Lire	8890,50	8709,50	8491,—	8300,—
London	1 Pfd. Sterl.	367090,—	368920,—	355110,—	356890,—
Hambourg	1 Dollar	79301,—	79307,—	78907,—	77183,—
Paris	1 Franc	5107,—	5133,—	4837,50	4862,50
Schweiz	1 Franc	14314,—	14388,—	14116,—	14184,—
Spanien	1 Pseta	11939,50	12080,50	11172,—	11328,—
Wien (abgefl.)	100 Kronen	11122,—	11178,—	10374,—	10328,—
Brag	1 Krone	2358,—	2371,—	2284,—	2246,—
Budapest	1 Krone	13,76	13,84	12,46	12,64

rs. Berlin, 7. Juni. (Eig. Draht.) Am heutigen Devisenmarkt machte die gestrige Aufwärtsbewegung ihren Fortgang. Der Dollar betrug etwa mit 79 000 geschloffen hatte, legte sich höher mit 77 500 ein und befestigte sich schon in der Vorberie bis auf 79 500. An der Börse trat zunächst ein kleiner Rückgang ein, der aber bald infolge neuer Käufe der Industrie und der Spekulation durch eine weitere Steigerung abgeflacht wurde; mit 79 700 wurde lebhaft weitergehandelt. Englische Pfunde gingen mit 368 000 um. Die Gründe für diese neue Aufwärtsbewegung sind vor allem in der pessimistischen Auffassung der allgemeinen politischen Lage zu suchen.

Am Effektenmarkt ist die Tendenz noch uneinheitlich, wenn man auch mit einer leichten Tendenz rechnet. Die Verkaufsbefehle und Kaufofder halten sich so ziemlich die Waage.

Theater

Im Opernhaus gastierte Grete Sammler-Siegert als Violetta. Ihre Stimme ist kultiviert, tragfähig und voller Wohlklang; alles Darstellerische geschickt und feinsinnig. In allem jedoch ist der leise Abgang an jugendlicher Kraft spürbar. Richard Tauber, für den Dresden kaum noch als Standquartier in Frage zu kommen scheint, gab den jungen Gasten, eine seiner besten Rollen. P. B.

Central-Theater. Direktor Felix Reinhardt von der gegenwärtigen Sommeroperette des Central-Theaters hatte mit der Inszenierung des zweiten vorgeliehenen Werkes: „Die Frau von Korosin“ von Rudolf Frank, Musik von Toni Thoms, einen glücklichen Erfolg, wie mit dem „Günstling der Jarin“. Die Regiebilder der allerneuesten Operetten sangen endlich an, der gewöhnlichen Mittelmäßigkeit etwas zu tragen. Das wird natürlich nur dadurch möglich, daß die Handlungen von vornherein einen halbernstlichen Kern bekommen. Dann aber wirkt das in allen neueren Operetten scheinbar unvermeidliche, hochdramatische Finale des zweiten Aktes nicht mehr so wie unter dem Namen der Operette, sondern organisch mit dem übrigen Stück verbunden. In der „Frau von Korosin“ kommt dazu sogar ein ethisch zu betretendes Moment, indem der das Geschehen verursachende Dämon, der Wölling Lagersitz, seine Mackenheiten am Ende dem Guten erliegen sieht und selbst vor das Nichts gestellt ist. Obwohl man von Anfang an weiß, daß der von seiner Frau plötzlich verlassene Herr von Korosin zuletzt wieder von ihr in Ruhe aufgefunden wird, so folgt man doch dem Werdegang der Geschichte nicht ohne Interesse. Einige Straffungen kann die erste Hälfte des zweiten Aktes gebrauchen. Daß die Handlung zunächst in Stebenbürgen spielt, hat wohl nur den Grund, näher an dem neuerdings zum mondänen Zentrum gewordenen Budapest zu sein, wo der zweite und dritte Akt abrollt. Früher wäre natürlich Paris der Schauplatz gewesen, was aber jetzt sogar aus deutschen Operettenbühnen aus bestimmten Gründen abgesehen ist. Die Musik von Toni Thoms, einem bisher unbekanntem bayerischen Komponisten, erfreut mit Erfolg die gute, volkstümlich melodische Sinne, hält sich viel in Woll, was ja immer in sich vorwärts drängende Spannung birgt, und ist endlich vorzüglich instrumentiert, so daß man die Verklemmung des Central-Theaterorchesters gar nicht merkt. Kapellmeister Henze mußte mit seinen durchweg guten Instrumentalisten recht langsam, hatte aber auch auf gesanglicher Seite Kräfte zur Verfügung, die für die Operette als ganz vortrefflich bezeichnet werden müssen. So den Tenorbariton Kurt Schönerer, der den Herrn von Korosin in Gesang und Spiel ebenso sympathisch gab wie Paul Harden seinen beweglichen Dömmling Boris. Daneben befinden Emma Kreuzer, die Frau von Korosin, und Inge van der Straaten, die beiden „strahlenden Heldinnen“, sehr angemessen, ebenso am rechten Fied Gilly Hansen, Fritz

Wards (Lagersitz) und Kurt Koch-Oberland. Eugen Kriebus, der die erfreulich geringe Zahl von Längen geschickt bestreute, und Othmar Borsoupal, der wie stets das Bühnenbild mit vornehmem Geschmaack gestaltete, seien als einzige noch von den übrigen zahlreichen Mitwirkenden genannt. Im dritten Bild kam und kam man, wo einem die marmornen Flambaus des Hotel aufgingen (schon einmal begegnet seien. Beim Verlassen des Theaters trat man die Vorbühne richtig gleich im Korridor an. Also die Phantastie des Dekorateurs hatte sich in diesem Punkte die Sache nicht zu schwer gemacht. Kr.

Konzert
Konzerabend Adolf Busch. Adolf Busch, der Geigenmeister großen Formats, Bruder unseres Generalmusikdirektors, wartete gestern mit dem Vortrag von nicht weniger als vier Violinsonaten auf. Eines davon hat sich Busch selbst in die Finger geschrieben. Es erklang gestern zum ersten Male in Dresden. Ohne sonst übliche Einleitung des Orchesters stürzt sich der Sologeigerpartie sogleich in wichtige A-Roll-Parteien. Für folgt ein vornehm erfindendes C-Dur, das über Fingerringelnde und weichenadenden Jagen wieder zu den Anfangselementen gelangt. Ohne Unterbrechung schließt sich ein langamer zweiter Satz an, den sehr nachdenkliche, archaisierende Harmonien einführen, die — wie die physische Sekunde — in ihm auch weiterhin von stimmungsgelbemem Gepräge sind, ja dieses so sehr, daß es zwischen diesem ernstvernommenen Satz und dem folgenden, burlesken Finale zu keiner rechten Gleichung kommt. Die Stimmung schlägt zu sehr um und findet nicht den Einischlag ins Große, den das Vorausgehende verhießen hatte. Die Technik des Instruments wird in sehr starkem Maße angepannt, aber selbst ihre modernen Mittel sind immer mit außerordentlichem Still und Feingefühl dem musikalischen Gedanken untergeordnet. Das ist charakteristisch für den Konzergeber, der überhaupt nicht der Kritik wegen musiziert. (Obwohl er sich, was sein geistreiches Können anbelangt, sehr wohl auf das Virtuose allein stützen könnte.) Aber er ist doch vor allem Musiker, und zwar ein aus feinem, kerngesundem Holz geschnittener. Das Urgefühl seines künstlerischen Empfindens läßt freilich einer verfeinerten, einbringlichen Sinnlichkeit nicht viel Raum. Fritz Busch an der Spitze der Operntapelle, als Begleiter und Mitandener rühmlichst bekannt, führte den Orchesterpart mit fester, liebevoller Hand. F. B.

Dresdner Kalender
Theater am 8. Juni. Opernhaus: Boris Godunow (8 1/2). Volksbühne Nr. 3678—3708. — Schauspielhaus: Kollege Crampton (7 1/2), Weltbühne Nr. 3709—3743. — Residenztheater: Madame Pompadour (7 1/2). — Central-Theater: Die Frau von Korosin (7 1/2).

Opernhaus. Freitag am 8. Juni Boris Godunow mit Robert Burg in der Titelrolle, Grete Kitzsch (Kobor), Milla Stephan (Kania), Helene Jung (Emma), Ludwig Eubisch (Fritz Schmitz), Rudolf Schmalnauer (Schischkallow), Willy Daber (Pimen), Hans Pihmann vom Stadttheater in Leipzig (Demetrius, als Gasi), Eubisch (Sajj), Ludwig Ernold (Barlaam), Hanns Lange (Kissail), Elfriede Habertorn (Schantzwin), Ludwig Eubisch (Waldmünner), Julius Kuitlich (Kittich), Musikalische Leitung: Fritz Busch, Spielleitung: Jfjai Dobrowan als Gasi, Anfang 8 1/2 Uhr. Sämtliche Plätze müssen vor Beginn der Vorstellung eingenommen werden!

Schauspielhaus. Freitag den 8. Juni spielt in Gerhart Hauptmanns Komödie Kollege Crampton Philipp Lehbar Rayning vom Nationaltheater in München den Mar. Stähler als Gasi. In den übrigen Hauptrollen: Alfred Meyer, Gerda Wastale, Hedwig Herber, Paul Paulsen, Alexander Bierth. Spielleitung: Alexander Bierth. Anfang: 7 1/2 Uhr.

Keine Mitteilungen
Aluminiumergie im Gouvernement Perm. Nach wirtschaftsamtlicher Meldung ergab die Erforschung der Aluminiumergie von Perm am Flusse Tschufowaja (Gouvernement Perm) das Vorhandensein großer Mengen von Bauxit und Alunit. Die Schürfarbeiten werden fortgesetzt, mit der Aluminiumgewinnung und Verhüttung soll in diesem Sommer begonnen werden.

(Eine Eugen-b-Hilbert-Anstalt finden wir in der letzten Weltwoche: Als Eugen-b-Hilbert zum siebenten Male geheiratet hatte, schrieb Heinrich Grünfeld an ihn: „Oh gratuliere, lieber Freund, Sie haben selten eine so reizende Frau gehabt.“

Die Martin-Bodmer-Stiftung in Zürich hat Fritz v. Arnub, dem der Schiller-Preis vorerhalten blieb und der Grillparzer-Preis nur moralisch verliehen werden konnte, eine Ehrengabe von vier Millionen Mark übermitteln, die seinen Preis darstellen möchte, sondern nur die Absicht verfolgt, angeregt, daß von privater Seite jeweils diesen Literaturpreisen nachgeholfen wird. Diese schweizerische, mit beschränktem Mitteln arbeitende Stiftung möchte damit allerdings auch dem Glauben an das mulige dichterische Schaffen Fr. v. Arnubs Ausdruck geben.

Zweifelhaftes Lob. „Es tut mir leid, daß Sie sich so viele Mühe geben.“ sagte Weber einst zu einem Sänger, der in seinem „Oberon“ beschäftigt war. „O, bitte sehr, das macht nichts“, erwiderte der Künstler geschmeichelt, da er dies für ein Lob hielt. „Doch, es macht sehr viel“, erklärte Weber. „Sie geben sich nämlich so viel Mühe, lauter Noten zu fingen, die nicht in der Partitur stehen.“

diesem Zeitpunkt, so daß um diese Frist der Zahlungseingang hinausgeschoben wird. Da das Betriebskapital kein Betriebskapital besitzt, andererseits sehr viele Befragungen im voraus bezahle muß, ist hierin eine erhebliche Erschwerung der Geschäftsführung, sowie auch eine Verzerrung der Preise zu erkennen, da sehr häufig das Betriebskapital sich die fehlenden Mittel mit erheblichem Zinsaufwand beschaffen mußte.

Es wird deshalb festgestellt, daß das gegenwärtige Verfahren eine Erschwerung und erhebliche Verzerrung gegenüber dem früheren bedeutet, weshalb sich der Verwaltungsrat vorbehaltlich der späteren Zeit mit der Dezentralisation der Buchhalterei auf so früher als möglich zurückzuführen, was um so unbedenklicher erscheint, als bei gleichbleibenden oder fallenden Preisen die bisher beklagten Mängel nicht mehr in Erscheinung treten werden.

Richterrecht statt Anbetracht

Was vor reichlich Jahrzehnt der Präsident des Landes-Lösungsamtes ausführte: „In die Hand der Eltern ist das Schicksal der Kirche gelegt“, war es jedem einsichtigen Menschen klar, daß von kirchlicher Seite der ganze Kampf um den Religionsunterricht nicht geführt wurde aus Sorge um das geistige Wohlergehen des Kindes, sondern aus Sorge um die Existenz der Kirche. Man fürchtet den Zusammenbruch der Kirche, wenn der Religionsunterricht aus der Schule verschwindet. Ein großes Armuts-quantum hat sich die Kirche zu verschaffen. Die Ausführungen des Präsidenten im Landesparlament sind nun in jüngster Zeit vom Geschäftsführer des evangelischen Landesvereinsverbandes, Herrn Walter Richter, Dresden, unterstrichen worden. Anlässlich der Hauptversammlung des genannten Verbandes sagte er: „Unser ganze Kampf ist letzten Endes eine kirchliche Frage.“ Deutlicher kann man sich über den Zweck des ganzen Kampfes wohl nicht ausdrücken. Von einem Rechte des Kindes oder von dem sonst vielgerühmten Rechte der Erziehungsberechtigten ist in diesen beiden Ausführungen nichts zu lesen. Für die Kirche lautet die Frage: „Was müssen wir tun, um die im Schwanken geratene Existenz der Kirche wieder zu festigen?“ Aus diesem Geiste heraus ist auch der Entwurf des 80. Ausschusses zum Reichsschulgesetz zu verstehen. Darum fordert man für die verfallenen Volksschulen, die den Lehrern in der neuen Gemeindefachschule tragen, bei Verlegung der Lehrstellen Maßnahmen auf das Befestigen. Darum verlangt man für die Volksschulen besondere Lehrpläne und Lehrbücher. Darum streift man nach sich und Stimme über die Religionsgesellschaft in der örtlichen Schulverwaltung. Darum begehrt man Schulaufsichtswesen, die auf dem Boden des Volksschulgesetzes stehen. Darum wünscht man die Lehrerausbildung im Geiste des Volksschulgesetzes. Darum fordert man, daß der Lehrer im Geiste des Volksschulgesetzes unterrichtet und erzieht.

Wer sich alles das vergegenwärtigt, der weiß dann, wie die Ausübung unserer Jugend erfolgen wird. Und wer diese schmerzliche Tatsache erkennt hat, der wünscht das kommende Reichsschulgesetz, der tritt nicht ein für die „barmherzige“ Gemeindefachschule, die lehnt die Volksschule ab, der kämpft einzig und allein für die weltliche Schule. Darum, ihr Erziehungsberechtigten Dresdens, die Parole für den 17. Juni kann nur lauten: „Jede Stimme der Schule, die das Kind in den Mittelpunkt stellt! Jede Stimme der Vertreter der weltlichen Schule.“

Die Teuerung im Mai

Die vom Statistischen Landesamt allmonatlich festgestellten Teuerungszahlen sind, nachdem sie von März bis April nahezu gleich geblieben waren, von April bis Mai wieder ganz erheblich gestiegen. Für die am „statistischen Bismarck“ beteiligten städtischen Gemeinden (Leipzig, Dresden, Chemnitz, Bautzen, Annaberg, Kautsch, Gelnhausen und Grimma) ergaben sich in den Monaten April und Mai 1923 folgende Durchschnittsteuerungszahlen:

	April	Mai
Ernährung	106 561 %	253 154 %
Beheizung und Beleuchtung	36 395 %	38 690 %
Wohnung	4 870 %	5 457 %
Zusammen	236 766 %	295 331 %

Danach liegen die von der Statistik erfassten Lebenshaltungskosten einer fünfköpfigen Familie in vier Wochen (Teuerungszahl) von 236 766 auf 295 331 % oder um 24,7 Prozent. Wird die Verzehrerzahl von 5 auf 10 erhöht, so ergibt sich auf dieser Grundlage im Mai eine anderweitige Lebenshaltungskosten von 325 554 gegen 280 756 im April. Das bedeutet also, daß die Kosten für Ernährung, Heizung, Beheizung und Wohnung vom letzten Friedensjahr bis Mai d. J. im Durchschnitt beinahe auf das Doppelte gestiegen sind. Für alle von der Teuerungstatistik erfassten Lebensbedürfnisse (Ernährung, Beheizung, Beleuchtung, Wohnung und Bekleidung) ist bis Mai eine Erhöhung der Kosten auf das 357fache (bis April auf das 270fache) erfolgt. Dabei belief sich die Steigerung für Ernährung allein auf das 428,3fache, für Heizung und Beleuchtung auf das 521,1fache, für Wohnung auf das 332,1fache und für Bekleidung auf das 524,7fache (350)fache.

Ein Prozeß und sein Resultat

Das 24 Jahre alte, bisher unbestrafte Dienstmädchen Rose Marie No 4 mußte sich am Mittwoch wegen Diebstahls vor dem Schöffengericht verantworten. Die Angeklagte ist bei dem Bäckermeister Herr Endorf, Opellstraße 31, beschäftigt. Sie hat dort am 2. März eine Million Mark Bargeld gestohlen. Die Angeklagte gab an, daß sie am freitäglichen Tage ihre übliche Hausarbeit verrichtet und dabei ein Päckchen bemerkt habe, welches Bargeld enthielt. Es sei in Zeitungspapier eingeschlagen gewesen. Wieviel Geld es gewesen, hat das Mädchen nach ihrer Versicherung nicht genannt. Der Verlust des Geldes wurde bald bemerkt und dem Mädchen das Päckchen wieder abgenommen. Bäckermeister Endorf, der als Zeuge der Verhandlung beauftragt, erklärte auf Verlangen des Vorsitzenden, daß die Angeklagte ein fleißiges, ordentliches Mädchen sei. Sie habe zur Zeit der Tat 10 000 M. Lohn erhalten. Der Lohn betrage 12 000 M. und ab ersten (aus den Worten Endorfs ging nicht hervor, von welchem „ersten“) an würden ihr dann 18 000 M. Lohn monatlich gezahlt werden. Er habe das Dienstmädchen bisher weiter behalten.

Amtsgerichtsrat Dr. Bergmann stellte nach diesen Angaben fest, das von einer Falschung hier keine Rede sein könne. Amtsgerichtsrat Dr. Dilger plädierte für milde Bestrafung. Die Angeklagte habe gar nicht gewußt, wieviel Geld sie genommen habe. Ihre Handlungsweise sei mehr eine Unachtsamkeit gewesen, die richtige Überlegung habe ihr gefehlt. Zudem dürfe man derartige hohe Geldbeträge nicht so einfach in Zeitungspapier eingeschlagen herumtragen lassen, dies zeige ja geradezu an, einmal ausgerechnet!

Das Schöffengericht verurteilte die Angeklagte zu 50 000 M. Strafe mit der Begründung, daß ein großer Vermögensbruch vorliege und die Angeklagte nicht aus Not gehandelt habe. Amtsgerichtsrat Dr. Bergmann, der erst vor Wochenzeit im Prozeß gegen die Eheleute Klemm wegen Höchstpreisüberbrechung beim An- und Verkauf von Butter einen Kasslosen Notstand für vorliegend erklärt hatte, ließ sich von seiner Ansicht abbringen auf den letzten Widerspruch der vielen Zuhörer. Das anwaltliche Plädoyer über dieses Urteil dürfte ihm bewiesen haben, daß die zahlreicheren Zuhörer eine andere Meinung hatten.

Beim Verlassen des Gerichts wurden dem Bäckermeister Endorf und seiner Frau, die sehr fleißige Handwerker sind, die Meinung ganz gehörig gesagt, daß man einem 24jährigen fleißigen Hausmädchen heute andere Gehälter zu zahlen habe. Es wurden vom Ehepaar weitere Vorbehalte gemacht, daß die Bäcker bei jeder passenden oder auch unpassenden Gelegenheit ihre Preise nach oben hin sofort in Einklang zu bringen wüßten und dies dann immer mit angeblich gestiegenen Löhnen zu rechtfertigen beständen. Die Grundgedanken gegen die Bäckerbehalter

nahmen vor dem Gerichtshof einen ziemlich heftigen Charakter an und die Zuhörer dieser Gerichtsverhandlung waren in ihrem Ausdrucks begriffenweise nicht maßlos.

Ein interessanter Freispruch

Einen bemerkenswerten Freispruch fällte das Dresdner Schöffengericht in einer Angelegenheit wegen Diebstahls und Hehlerei. Die Verhandlung richtete sich gegen die Formerl. Fernmacher Oskar Emil Hegewald aus Ditzsch und Max Karl Staudenmeier aus Dresden sowie gegen den aus Freudenstein gebürtigen Stadtschreiber Friedrich Kurt Göp. Gegenwärtig laichen allerlei Denkmünzen und Briefmarken auf, die Bezug nehmen auf unsere jetzige Zeit. Man sieht da sogenannte hübsche Gummigeld mit den verschiedenartigsten Aufzeichnungen und Darstellungen und andere ähnliche Münzen und Briefmarken. Fast durchwegs handelt es sich um heimliche „Fälschereien“. Jemandem fälscher Kopf hat so ein Modell entworfen, daß dann in einer Gießerei, in der Regel ohne Kenntnis der jeweiligen Betriebsleitung, gegossen wird. Im vorliegenden Falle hatte Hegewald auf Betreiben Staudenmeiers eine „Ausbeutekassette“ hergestellt. Beim solcher Denkmünzen hatte dann Stadtschreiber Göp erhalten, der die Münzen einem Händler zum Kaufe anbot. Nach der Anzeige sollen Hegewald und Staudenmeier sich des Diebstahls von etwa 1/2 Millionen Reichsmark, Göp der Hehlerei schuldig gemacht haben. Die Angeklagten und bestritten ihre strafbare Handlung. Fernmacher Müller und Direktor Schabitz, beide von der betriebsleitenden Firma, sagten unter Eid übereinstimmend aus, so etwas werde und könne nicht als Diebstahl angesehen werden. Würden die Angeklagten gestraft haben, ob sie sich bezügliche Denkmünzen gesehen hätten, darauf wäre ihnen die Erlaubnis ohne weiteres erteilt worden. Derartige „Fälschereien“ kämen in jedem Betriebe vor. Verboten seien diese Fälschereien auf der Arbeitstätte wohl, die Verwendung von Materialien dazu betrodre aber niemand als eine Dieberei. Bei dieser Sachlage konnte der Staatsanwalt keinen Antrag auf Verurteilung stellen. Alle drei Angeklagten wurden daher freigesprochen.

Dieser Freispruch ist von einer gewissen Bedeutung. Vielfach haben die Gerichte schon Strafen verhängt in Fällen, wo sich Arbeiter und Angestellte etwas während der Arbeitszeit gespart und das dazu erforderliche Material genommen haben. Es sind beispielsweise Personen verurteilt worden, die sich Material zur Anfertigung einer Haarfrisur oder auch gleich fertige Schmuckgegenstände genommen oder einen Schlüssel genommen und zurückgegeben haben, und die Bestrafen hatten jedesmal in der Annahme, keine Straftat zu begehen.

Neue Erhöhung der Postgebühren. Die ursprünglich für den 1. Juli in Aussicht genommenen neuen Postgebühren sind bereits überholt, ehe sie in Wirklichkeit traten. Die neue feste Entwertung der Post hat den Reichsfinanzminister veranlaßt, eine weitere Erhöhung der Postgebühren zu empfehlen. Der Verkehrsminister beschloß sich am Dienstag mit dieser neuen Vorlage. Die darin vorgesehenen Gebühren bauen sich auf einen Dollarstand von 22 000 auf. Das Porto für Briefe und Postkarten erhöht sich um 400 bis 500 Prozent, für Pakete um 100 Prozent, für Telegramme um 300 Prozent und für Ferngespräche um 700 Prozent. Es folgen: Postkarten im Ortsverkehr 100 M., im Fernverkehr 200 M.; Briefe bis 20 Gramm im Ortsverkehr 200 M., im Fernverkehr 400 M.; bis 100 Gramm 300 M.; Drucksachen bis 25 Gramm 100 M.; bis 50 Gramm 200 M.; bis 100 Gramm 300 M.; u. s. w.; Telegramme bis 250 M., im Fernverkehr 300 M.; bis 500 M.; ein Ortsgespräch 210 M. Die neuen Sätze sollen am 1. Juli in Kraft treten.

Mitteilungen aus der Gesamtsitzung. Der diesjährige Haushaltsplan soll nach Beschluß der städtischen Körperschaften in einzelnen Teilen je nach der Feststellung der einzelnen Haushaltspositionen verabschiedet werden. Man genehmigte die Haushaltspläne über Vermögensnutzungen und einzelne selbständige Unternehmungen, über die allgemeine Verwaltung, Verkehrs-, Polizei- und Gesundheitswesen, Feuerwesen, Wohnungsamt und Einkunftsamt, höhere Unterrichtsanstalten, Wäldereien und Sammlungen und Erwerbslosenfürsorge. — Vereinfachung des städtischen Rechnungswesens. Es bezieht das Bedürfnis, die Grundzüge für das städtische Rechnungswesen zu vereinfachen und kaufmännischer Natur anzupassen. Einer Vorlage des Rechnungsamtes hierzu, die auch eine entsprechende Änderung der Organisation vorseht, wird zugestimmt. — Erhöhung der Ruhegehälter. Der Geldwertverlust entsprechend werden die Ruhegehälter und Hinterbliebenenbezüge der städtischen Arbeiter und die Verpflegungsgelder in den städtischen Altersheimen erhöht. — 87 Millionen Mark an Strafen. Die Unterhaltung der Röhrenleitungen der Straßeneinrichtungszweige werden 87 Millionen Mark veranschlagt, für den Einbau einer elektrischen Wasserversorgung 7 1/2 Millionen Mark bewilligt.

Gemeinschaftlicher schwerer Diebstahl. Eine umfangreiche Untersuchungsjahre beschäftigte das Dresdner Schöffengericht. Anlage war erhoben worden gegen den vorbestraften, 24 Jahre alten Metallschleifer Artur Rudolf Kurt May, den 1870 zu Leipzig-Gohlis geborenen, vielfach und schwer mit Justizhau (insgesamt 18 Jahren) vorbestraften Oulmader Ernst Emil Kühn, den 1899 zu Adersberg geborenen Oulmader Alfred Herbert Renberg und gegen den Fabrikarbeiter Artur Gustav Pöschel, denen der Öffnungsbefehl gemeinschaftlichen schweren Diebstahl und Hehlerei zur Last liegt. Die Angeklagten verübten Ende Februar auf der Jandauer Straße in die Schulzeiwiese und Mitte März in der Opzellstraße bei der Firma Ratar größere Einbrüche, wobei im ergriffenen Falle ein großer Rosten Fahrradreifen, Lebertaschen, Bekleidungsgegenstände und zwei Fahrradreifen von sehr hohem Wert, und im zweiten Falle eine große Anzahl Freilaufmaschinen im Werte von mehreren Millionen Mark erbeutet worden sind. Ein Teil des erlangten Diebstahls wurde in Gohlisbergen an der Johann-Neher-Straße untergebracht bzw. versteckt. Kühn wurde unter Verlegung mildernder Umstände zu der geschäftlich zulässig niedrigsten Strafe von zwei Jahren Justizhaus, May zu einem Jahr sechs Monaten und Renberg zu neun Monaten Gefängnis verurteilt, alle drei Angeklagten wegen der Straftat auch sofort in Haft genommen. Pöschel erlitt wegen Begünstigung bzw. Hehlerei drei Monate Gefängnis aufgelegt.

Reichsbanknoten zu einer halben Million. Infolge der neuen Entwertung der Mark erweilte sich die im Umlauf befindlichen Noten von 50 000 und 100 000 M. für hohe Barzahlungen als durchaus unzureichend. Deshalb hat die Reichsbank neue Noten im Nennbetrage von 500 000 M. in Auftrag gegeben. Die neuen Noten werden voraussichtlich Mitte oder Ende Juni ausgegeben.

Windbrandentzündung. Wie uns von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, sind in den letzten Tagen unter der leidenden Bevölkerung auffällig viele Erkrankungen des Windbrenns festgestellt worden. Ob diese Erkrankungen auf die durch die ungesunde Teuerung veranlaßte schlechte Ernährung weiter zurückzuführen sind, bedarf weiterer Beobachtungen.

Verstümmelt. Auf dem Spielplatz, Oststraße 77, großen am Mittwoch nachmittags Kinder im Sande ein größeres Kind, in der sich ein 17jähriger Schüler zu schaffen machte. Inermittelt brach diese aber über ihn zusammen, so daß von ihm nichts mehr zu sehen war. Am den jungen Mann aus seiner schlimmen Lage zu befreien, rief man die Feuerwehr herbei. Als diese dort eintraf, hatten die Kinder und erwachsene Personen die Rettung des Schülers, der noch am Leben war, bereits bewerkstelligt.

In den Bergen abgehört. Unter dieser Spitzmarke brachten wir Mittwoch den 28. Mai die Nachricht, daß ein 17 Jahre alter, in der Burgstraße 4 wohnhafter Arbeiter, der in der Schächel-Schule dem Kleiststift huldigt, abgehört sei und schwer verletzt wurde. Berichtend wird und dazu mitgeteilt, daß der Betroffene nicht beim Kleistern, sondern beim Wandern und Springen von einem Reibstock verunfallt ist.

Wahlloster. Waberblich 7 1/2 Uhr Speziallosterversteigerung. Die Preise ist täglich von 10 bis 1 Uhr und von 5 Uhr an geöffnet.

Dresdner Umgebung

Döltschen. Bei der Elternwahl erhielt die Liste für die weltliche Schule 96 Stimmen, gleich 8 Sige, die Liste für die kirchliche Schule 51 Stimmen, gleich 3 Sige. Die Wahlbeteiligung war schlecht.

Proßitz. Die Palischfeier anlässlich des 200. Geburtstags des Bauernastronomen Johann Georg Palisch findet wie schon mitgeteilt, am kommenden Montag den 11. Juni, nachmittags 3 1/2 Uhr, vor dem Palisch-Denkmal auf dem Dorfplatz statt. Die Feier wird von dem Palisch-Verein der Technischen Hochschule, dem Professor Battenhausen von der Technischen Hochschule, dem Direktor des Mathematischen Salons in Dresden, hält die Festrede, die von Gefangenen umrahmt sein wird. An der Gedenkfeier werden u. a. auch Vertreter der städtischen Körperschaften teilnehmen. Das Denkmal Palischs wird von der Gartenverwaltung festlich geschmückt. Anschließend wird im Gasthof Proßitz ein Feuerfest eingeladen. Anschließend wird im Gasthof Proßitz ein Feuerfest eingeladen. Anschließend wird im Gasthof Proßitz ein Feuerfest eingeladen. Anschließend wird im Gasthof Proßitz ein Feuerfest eingeladen.

Elsdorf bei Schönfeld-Bühn. Seltsame Tiermishandlung. Beim hiesigen Gutbesitzer Kommodsch warf ein Pfingstlamm eine Sau 16 Junge, darunter eine Mißgeburt ganz eigener Art, die allerdings bald nach der Geburt starb. Dieses Tierchen hatte zwei völlig ausgebildete Hinterbein mit je zwei Beinen, außerdem auf dem Rücken des sonst normalen Vorderkörpers noch zwei Beine, zusammen also acht Beine. Das Monstrum ist in Spiritus aufbewahrt im hiesigen Ratkeller zu sehen.

Aus dem Parteileben

Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Polizeibeamten. Dienstag den 12. Juni findet in Stadt Petersburg, am Reumarkt, die Betriebsversammlung der männlichen Mitglieder statt. Unbedingte Teilnahme ist Pflicht. Jedes freie Vertrauensmannes ist es, die Versammlung zu besuchen. Die Organisation muß mit allem Fleiß vorzubereitet werden. Vertrauensmännerlisten oder Mitgliedsbücher gelten als Ausweis.

Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Justizbeamten. Freitag, abends 7 1/2 Uhr, im Senefelder, Raubschlachte, Versammlung. Vortrag des Redakteurs Prochmann über: Arbeit und Arbeiter in der Dichtung des 19. Jahrhunderts.

4. Unterbezirk

Gruppe 1. Freitag, 8 Uhr, im Restaurant Schöber: Vortrag des Genossen Seiffert.

Gruppe 2. Freitag, 8 Uhr, im Kurfürstentor: Vortrag des Genossen Kollbach über: Soziale Literatur.

Gruppe 3. Freitag, 8 Uhr, im Gießhauer Garten: Gruppenversammlung.

Gruppe 4. Freitag, 8 Uhr, im Restaurant Lautert: Gruppenversammlung.

Gruppe 5. Freitag, 8 Uhr, im Restaurant Berger: Gruppenversammlung. Straß und Ceteras. Niederbächer sind mitzubringen.

Gruppe 6. Freitag, 8 Uhr, im Restaurant Königswald: Gruppenversammlung mit Vortrag des Genossen Schade über: Eden Hedins Forschungsreise. Freitag, 8 Uhr, im Bergheim: Vortrag des Genossen Sommer über: Das Selbstbild in alter und neuer Zeit.

Gruppe 7. Freitag, 8 Uhr, im Richter Restaurant: Mitgliederversammlung. Bericht des Genossen Paulus und der Genossen Stolz aus der Tätigkeit im Stadtparlament.

Gruppe 8. Freitag, 7 1/2 Uhr, im Goldenen Lamm: Vortrag des Genossen Diekmann über: Nacht, Recht und Demokratie.

6. Unterbezirk

Gruppe 1. Injse Mitglieder und die Beitragskassierer werden nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß laut Beschluß des erweiterten Bezirksvorstandes für Monat Juni bei allen Mitgliedern sechs Marken geliebt werden müssen. Rücksticht muß genommen werden bei den Kurzarbeitern, Arbeitslosen und den nominierten Mitgliedern. — Laut Beschluß der letzten Mitgliederversammlung soll jedes männliche Mitglied pro Monat 10 M. extra Zahlung für die Unterbezirk für die Sozialkarte bezahlen. Die Marken für jeder Beitragskassierer erhalten und sollen selbige von Monat Mai an geliebt werden.

Jungsozialisten Raunlich, Gorbis. Morgen Freitag, abends 7 Uhr, im Kur-Abteil, Pieschstraße 9, Fortsetzung der Goethe-Abende. Beginn pünktlich. Gäste willkommen.

Christen, Blawitz, Talsenitz. Freitag den 8. Juni, abends 7 1/2 Uhr, spricht in Hammer Hotel Genosse Arbeitsminister Gruppe über: Die politische Lage im Reich und in Sachsen. Das Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht. Mitgliedsbücher sind am Saal- Eingang vorzulegen. Wer Beiträge bezahlet, kann dies vor oder nach der Versammlung tun. Die Gruppen- und Bezirkskassierer sind anwesend. — Die Mitglieder des Arbeitsausschusses werden gebeten, sich bereits 6 1/2 Uhr zu einer kurzen Sitzung im Versammlungssaal einzufinden.

Gruppe Gorbis. Freitag, abends 7 1/2 Uhr, im Hoffmanns Restaurant wichtige Versammlung.

Gruppe Reichshaus. Sonnabend, abends 7 1/2 Uhr, im Gasthof: Mitgliederversammlung. Vortrag des Lehrers Genossen Piesche über: Das Reichsschulgesetz — Forderung unserer Zeit.

Bewertungsbewegung

25 Jahre Verband graphischer Hilfsarbeiter. Der Verband der graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands konnte am 30. Mai sein 25jähriges Bestehen feiern. Die ersten Anzeichen einer Hilfsarbeiterbewegung in Preußen. Die ersten Anzeichen einer Hilfsarbeiterbewegung in Preußen. Die ersten Anzeichen einer Hilfsarbeiterbewegung in Preußen.

Der Proletariat, das Organ des Fabrikarbeiterverbandes bracht in seiner Nr. 23 drei kommunistische Rundschreiben ab. Das erste dieser Rundschreiben, das der Bezirk Erzgebirge-Region der R. F. D., Abteilung Gewerkschaften, in Chemnitz, ges. Rühn, an die R. F. D. Fabrikarbeiter im Erzgebirge und Vogtland gerichtet hat, bildet die Einladung zu einer Konferenz am 7. Juni des Fabrikarbeiterverbandes in Dresden. Die Einberufung dieser kommunistischen Konferenz wird damit motiviert, daß die

Wahlarbeit

Der Proletariat, das Organ des Fabrikarbeiterverbandes bracht in seiner Nr. 23 drei kommunistische Rundschreiben ab. Das erste dieser Rundschreiben, das der Bezirk Erzgebirge-Region der R. F. D., Abteilung Gewerkschaften, in Chemnitz, ges. Rühn, an die R. F. D. Fabrikarbeiter im Erzgebirge und Vogtland gerichtet hat, bildet die Einladung zu einer Konferenz am 7. Juni des Fabrikarbeiterverbandes in Dresden. Die Einberufung dieser kommunistischen Konferenz wird damit motiviert, daß die

Der Proletariat, das Organ des Fabrikarbeiterverbandes bracht in seiner Nr. 23 drei kommunistische Rundschreiben ab. Das erste dieser Rundschreiben, das der Bezirk Erzgebirge-Region der R. F. D., Abteilung Gewerkschaften, in Chemnitz, ges. Rühn, an die R. F. D. Fabrikarbeiter im Erzgebirge und Vogtland gerichtet hat, bildet die Einladung zu einer Konferenz am 7. Juni des Fabrikarbeiterverbandes in Dresden. Die Einberufung dieser kommunistischen Konferenz wird damit motiviert, daß die

Bauhüttenentagung

Zu den interessantesten und zweifellos bedeutendsten Tagungen, die im Anschluß an die internationale Woche in Hamburg stattfanden, gehört die Tagung der Bauhütten, die vom Sonnabend bis Montag dauerte. Im Mittelpunkt der Tagung der Deutschen Bauhütten, einberufen vom Verband sozialer Baubetriebe, an der zahlreiche Vertreter des Reiches, der Länder und Gemeinden teilnahmen, stand ein Referat des Geschäftsführers des Verbandes, Genossen Dr. Wagner, über

alte und neue Bauwirtschaft.

Der Vortragende betonte, daß die Lösung des großen und schwierigen Problems der dauernd gesicherten Kapitalzufuhr zum Baumarkt für die gesamte Entwicklung des Baugewerbes aus dem handwerklichen Kleinbetrieb zum rationell arbeitenden Großbetrieb von entscheidender Bedeutung sei.

Ueber die scheinbar aufsteigende Konjunktur, die das Baugewerbe in den letzten Jahren zeigte, wurde gesagt, daß es sich hier um eine Scheinkonjunktur handle, das Baugewerbe vielmehr Nationalvermögen der Zukunft habe. Die Individualwirtschaft gab dem Baumarkt zum großen Teil völlig überflüssige Bauten, wie luxuriöse Villen, Parks, Kinos, teils überflüssige Bauten der Landwirtschaft und dergleichen in Auftrag und entzog damit dem produktiven Gütermarkt lebenswichtiges Kapital. Daraus wurde gesagt, daß es nicht auf die Beschäftigung des Baugewerbes allein ankommt, sondern darauf, ob eine Million Bauarbeiter und die Arbeiter der baustoffergzeugenden Industrie für die Erhaltung und Verringerung volkswirtschaftlicher Güter arbeiten, ob sie den Lebensraum des deutschen Volkes oder den Lebensraum einiger weniger unproduktiver tätiger Konjunkturgenossen erweitern. Aus dieser Erkenntnis heraus zeigt sich, daß der Baumarkt kontrolliert werden muß, und zwar muß das Kapital durch einen „gemeinwirtschaftlichen Filter“ einengen und zurückgehalten werden von allen privaten Verwendungszwecken, die Luxus und Heberflüg erheben und die Volkskraft vermindern. Das Kapital müsse dem Bau nach planmäßig zugeführt und auf den Verwendungszweck kontrolliert werden. Es habe der Steigerung der Produktion und der Schirmschichtigkeit der Betriebe zu dienen. Das Kapital des Baumarktes muß durch den Ausbau der Wohnungsabgabe und durch Veranlassung der Goldwerte des Immobilienbesitzes herangeschafft werden. Und zwar schlägt Genosse Wagner vor, den Immobilienbesitz, der sich von seinen Hypothekenschulden befreit hat, durch eine dem Goldwert entsprechende 70prozentige Hypothek zu belasten, die nach und nach mit 5 Prozent zu verzinsen ist. Die daraus sich ergebende Summe von 3 1/2 Milliarden Goldmark würde ausreichen, um die dritte Schließelindustrie volkswirtschaftlich nutzbringend in Gang zu halten.

Neben dem Kapital sei der zweite Grundpfeiler der Bauwirtschaft die Arbeitskraft. Diese ist von der alten Bauwirtschaft ebenso wie das Kapital geradezu vergebend worden. Daneben habe die Arbeitererschaft mit dem Gespenst der Arbeitslosigkeit im Rücken zu feiner rationalen Ausnutzung ihrer Produktion kommen können. Ferner sei der Rückgang in der Qualität und Quantität der Arbeitsleistung darauf zurückzuführen, daß man der Arbeitskraft das Mitbestimmungsrecht am Werkprozeß borenthalten habe. Es sei mindestens ebenso wichtig, daß den 1 Million Bauarbeitern durch das Mitbestimmungsrecht die Arbeitsfreude gesteigert werde, als es bei den 150 000 Unternehmern durch ihre Tätigkeit „im freien Spiel der Kräfte“ möglich wäre.

Auf dem Gebiete moderner Betriebschnik muß der Baubetrieb wieder zum vollen Montagebetriebe kommen, wodurch eine rationelle Produktion möglich ist. Der Vortragende erinnerte an das amerikanische Beispiel der Herstellung von genormten ganzen

Wandteilen, die durch einen Haus von fünf Arbeitern in einem Tage hergestellt werden könnte. Der normalisierte Bauweise geben Normmaß und alle anderen normalisierten Bauteile müssen in rationell arbeitenden Großbetrieben im Laufe des ganzen Jahres hergestellt und während der Bauzeit nur montiert werden. Dadurch wird das Baugewerbe von unlieber Saisonarbeit zu gleichmäßiger Produktion für das ganze Jahr kommen. Daneben muß die Kapitalisierung fortgeschritten.

Zum Schluß betonte der Redner, daß, von welcher Seite man die alte Bauwirtschaft auch immer betrachten möge, ihre wirtschaftliche, soziale, technische, organisatorische und kulturelle Mängel nicht nur aus einem Punkte zu kurieren, nur mit Hilfe einer dauernd gesicherten und stetig fließenden gemeinwirtschaftlichen Kapitalzufuhr zu beheben sei. Die Gemeinwirtschaft im Bauwesen sei noch klein in ihrer Art, aber ihre Art sei groß.

In der geschlossenen Tagung der Bauhütten hielt Genosse Ellinger ein instruktives Referat über die Bauhüttenorganisation, Genosse A. K. sprach über die Finanzierung der Bauhütte und Genosse Wagner hielt ein weiteres Referat über die wirtschaftliche Betriebsführung. Alle drei Vorträge über die Bauhütte angeschlossen Diskussion zeigten den hohen Entwicklungsgrad, den die Bauhütten in weniger als drei Jahren erreicht haben. Technisch und wirtschaftlich sind sie den Privatbetrieben bereits weit überlegen. Das geht schon daraus hervor, daß die durchschnittliche Arbeiterzahl der Bauhütten 100 beträgt, während die der Privatbetriebe nach der günstigsten Statistik sich auf 8 beläuft. Die Bauhütten besitzen bereits 8 Sägewerke, 5 „Quoo“-Plattenwerken,

4 Ziegeleien, 1 Schieferbergwerk, 6 Sandgruben, 10 Steinbrüche, 2 Zementwarenfabriken, 2 Kunststeinfabriken, 1 Holzbearbeitungsfabrik usw. Sie haben damit die Verbindung von Bau- und Panststoffgewerbe hergestellt.

Der Schluß der Tagung wurde von einem internationalen Baugildentag gebildet. Weiber waren sowohl die englischen wie die italienischen Baugilden nicht vertreten. Auf internationalem Gebiet steht die Bewegung erst in den Anfängen, wenn auch betont werden muß, daß in einer Reihe von Ländern durchaus bedeutendere Ansätze, teilweise sogar ausgebildete Organisationen vorhanden sind. Doch hat Deutschland die Führung in der Bewegung. Der Sitz des internationalen Sekretariats wurde in Deutschland belassen und Genosse Wagner als internationaler Sekretär wiedergewählt.

Kaffee
Grossrösterei
Kaffee-, Tee-, Kakao-Handlung
Webergasse
Alfred Klemm, Eke Wallstraße
Telephon 22 929
empfiehlt feinste Mischungen
Kaffee-Niederlagen durch Plakate kenntlich

Brillanten
Platin — Gold — Silber
Gegenstände und Barren
kauft bestens
Edelmetalle
en gros und en détail
Joh. Max Sittel
Dresden, Amalienstr. 4, I.
Fernsprecher 15518.
Für Goldschmiede, Dentisten, Händler bester Absatz.

Suche Biete
Wohnung in Dresden, Stube, Kammer, Küche und Zubehör.
Tausch nach Rabenau oder Geringstraße.
110290
Angeb. Telegr.-Büro Niederstraße, Tel. 2940

Metalle
zum Einschmelzen
Kupfer, Messing, Rotg., Zinn, Zink, Blei, Zinnantimon, Kupfer-, Messing- und Zinn-gegenstände kauft lautlos
Graf, Dreggasse 2
an der Amalienstr. Tel. 17229

Extrastärke
Dauerwäsche
M. Weill
Schönerbergstr. 2.

Brillanten
Platin - Gold - Silber - Zähne
Gegenstände und Bruch kauft
Drillich & Co
Handelsgerichtlich eingetragene Firma
24 Amalienstr. 24 „Hotel Amalienhof“
Reeller Einkauf nach tagl. Dollarkurs.
Büro: Separ. Einkaufs- und Verkaufsbüro tragen 26.

Empfehlenswerte Dresdner Firmen sowie Großhandel und Industrie

Wäsche — preiswert
F.A. Horn, Ferdinandstr. 3

E. W. Starke
Leinen und Wäsche
An der Kreuzkirche 1b

Aug. F. Zimmermann
Dresden-A., Trompeterstraße 7
Herren- und Damenmode in reicher Auswahl
Tadelloser Sitz — Nur gute Qualität
Preise zeitgemäß außerordentlich billig

Wilhelm Kaufmann Textilwerke
Zentralverwaltung **Dresden** Bismarckplatz 1
(Wilhelm Kaufmann-Haus)
„Wekate“-Strick-, Stopf- und Häkelgarne
Imitatgarne, Strumpfgarne in Louisiana und Mako
Louisiana- und Mako-Zwirne
Fabrikhandtücher, Scheuertücher, Gurtill-Teppiche
und Läufer

Perl & Sohn
Konfektion, Arbeiterbekleidung und Schuhwaren-Großhandlung
Palmstrasse 13 ————— Telefon 26 644

Herm. Mühlberg
Wallstraße Webergasse Scheffelstraße
Erstes Mode- und Ausstattungshaus
Strümpfe / Trikotagen / Sportgeräte

Posner & Co.
Prager Straße 32
Herren- und Damenschneiderei
Pelze

Geschäftliche Rundschau mit Dauerfahrplan
Ohne Gewähr! (Musterschutz.)
Abfahrtszeiten:
Dresden-Possendorf: 7.04, 10.25, 2.05, 5.06, 9.10 (w., auS. Mittw.), 10.58 (Sonder- und Mittw.)
Dresden-Görlitz-Altendorf: 5.40, 10.30, 3.12, 7.22
Dresden-Kipsdorf: 5.50, 9.42, 1.14, 4.41, 7.22 (w., auS. Mittw.), 11.12 (f. und Mittw.)
Dresden-Gottschuba: 7.18, 1.12, 4.40, 7.22
Dresden-Frauenstein: 6.20, 11.52, 9.20
Dresden-Dörrschdorf-Neustadt (S.A.): 4.32 (w.), 8.09, 10.35, 1.57 (w., f. b. Dörrschd.), 4.40 (w. b. Dörrschd.), 7.26, 10.10 (f., Mittw. und Sonntags)
Dresden-Radebeul-Radeburg: 6.52, 8.43 (f. b. Moritzburg-E.), 11.30, 2.15, 5.30 (w.), 6.26 (f.), 10.33
Dresden-Wilsdruff-Nossen: 5.50, 9.42, 1.14 (f. b. Wilsdr.), 3.12, 4.41 (w. b. Wilsdruff, f. b. Mohorn), 6.28 (w. b. Mohorn), 11.12 b. Wilsdruff)

Tapeten
Otto Rühl Nachf.
6. Eichel Allee
Dresden-A., Waldstr. 1
an Postfil.
Telephon 20 978

Walter Seitz & Co.
Dresden, Wollinerstraße 15
Möbel- und Warenkredithaus

Hermann Zschau
Trompeterstrasse 9
Eisenwaren, Werkzeuge
Haus- u. Küchengeräte

Textilwerke Albert Fuhlrott
Dresden-A., Palmstrasse 1
— Mechanische —
Baumwollweberei
— Spezialität: —
Hemden-Zephir

Dresdner Schürzenfabrik
Nur on gros! Schürzen — Damenwäsche Nur on gros!
Hopf & Feilgenhauer, Dresden-A. 1

Seidenhaus Carl Schneider
Dresden, Altmarkt 8.

Max Hinselmann
Putz- und Modewaren
Dresden Prager Straße 29

Ein altbewährtes
Schönheitsmittel
in Gummis
Cosmas-Seife
DRESDEN

Konsumverein „Vorwärts“
für Dresden und Umgegend, eingetr. Genossenschaft mit beschr. Haftpflicht
137 Verteilungsstellen
2 Großbäckereien
19 Kraftwagen mit Anhänger
56 Hausgrundstücke
Abteilung Sparkasse
20 000 sparende Mitglieder
350 Millionen Spareinlagen
Verzinsung mit 6, 8 und 10 %